

Die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

DVParl-Forum

Populismus in Europa - Konsequenzen für Parteien und Parlamente -

29. Juni 2015

Protokoll: Elminowski

Begrüßung:

Dr. Eva Högl, MdB

Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

Referenten:

Prof. Dr. Frank Decker, Universität Bonn

Prof. Dr. Reinhold Gärtner, Universität Innsbruck

Prof. Dr. Anne-Marie Le Gloannec, Sciences Po, Paris

Moderation und Leitung der Diskussion:

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter

Stellv. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

Dr. Eva Högl: Ich begrüße Sie alle recht herzlich. Ich freue mich sehr, dass Sie heute, bei diesem schönen Wetter, aber ansonsten in stürmischen Zeiten zu unserer Diskussionsveranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen gekommen sind.

Es ist uns allen angesichts der Situation in Griechenland und der Weiterungen, die das für unser gemeinsames Europa hat, sicherlich nicht wohl. Wir hatten heute den ganzen Tag hier schwierige Diskussionen voller Sondersitzungen und Telefonkonferenzen. So recht weiß man nicht, welche Entscheidungen jetzt notwendig sind und wohin das gehen soll.

Das sind bewegte Zeiten in Europa. Deswegen freue ich mich sehr, meine Damen und Herren, dass Sie heute zur Diskussion eines wichtigen Themas gekommen sind, und das hat auch etwas mit Griechenland und der gesamten Debatte in Europa zu tun. Deswegen haben wir das Thema „Populismus in Europa – Konsequenzen für Parteien und Parlamente“ auch aufgegriffen. Das ist eine Frage, die uns heute Abend, aber auch sonst beschäftigt.

Von mir nur ein paar einleitende Bemerkungen. Sie alle verfolgen das: Wenn man die Wahlergebnisse der letzten Wochen und Monate in einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten anschaut, ist man doch sehr besorgt angesichts der Wahlergebnisse in den einzelnen Mitgliedsstaaten, aber auch in Ländern, die, wenn ich das so sagen darf, zum Kern Europas gehören und immer ganz klar proeuropäisch orientiert waren. Wir haben das in den Niederlanden, aber 2010 auch in Schweden mit den rechtspopulistischen Schwedendemokraten gehabt. Ihr Wahlergebnis war damals 5,7 %. Bei der letzten Wahl - im Herbst 2014 - haben sie ihr Ergebnis mehr als verdoppelt, sind mit fast 13 % jetzt drittstärkste Partei im Schwedischen Reichstag.

Wir haben eine ähnliche Situation in Finnland: 17 % bei der letzten Wahl im April 2015 für die Wahren Finnen. Wir haben in Großbritannien - die Wahl haben wir besonders aufmerksam verfolgt - die Partei UKIP mit 13 %. Obwohl sie in den Wahlkreisen angesichts des britischen Wahlsystems kaum eine Chance auf ein Direktmandat hatte, erzielte sie dieses erstaunliche Ergebnis.

Was mich ebenfalls besonders besorgt gemacht hat, war bei der letzten Wahl in Dänemark die rechtspopulistische Dänische Volkspartei, die wir seit Jahren in ihrem Auf und Ab beobachten. Sie hat jetzt 21,1 % der Stimmen und ist damit zweitstärkste Partei im dänischen Parlament. Das ist besorgniserregend wie auch die Entwicklungen mit den Linkspopulisten - mit Syriza in Griechenland - und auch die Entwicklungen in Spanien. Auch da stehen die Wahlen mit Podemos bevor; darüber werden wir heute Abend sicherlich auch sprechen.

Ebenfalls besorgniserregend ist die Entwicklung in Frankreich. Wir wissen noch nicht, wie das ausgeht. Aber wenn wir hören, dass rund 30 % der Französinen und Franzosen angeben, sich vorstellen zu können, Marine Le Pen und Front National zu wählen, dann ist das auch ein Ausblick auf die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017, der nicht fröhlich stimmt.

Bei all diesen Beispielen - wir könnten weitermachen und auch die Situation in Ungarn und anderen Ländern betrachten, auch Österreich hat immer Populisten - gibt es etwas, was alle Populisten eint: dass sie sowohl sehr national orientiert, als auch explizit europakritisch und europafeindlich sind. Das ist immer mit der populistischen Herangehensweise kombiniert.

Ich freue mich sehr, dass wir heute drei kompetente Gäste begrüßen dürfen, die in das Thema einführen und mit uns diskutieren. Ich begrüße sehr herzlich Frau Prof. Dr. Anne-Marie Le Gloannec. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie zugesagt haben. Sie sind Forschungsbeauftragte an der Sciences Po in Paris. Zu Ihren wichtigsten Forschungsgebieten gehören vor allem die EU und die europäische Integration. Sie waren von 1997 - 2002 stellvertretende Leiterin des Centre Marc Bloch in Berlin und sind eine ausgewiesene Kennerin der deutsch-französischen Beziehungen. Schön, dass wir Sie heute Abend als Referentin gewinnen konnten.

Ein bekannter und gern gesehener Gast ist auch Herr Professor Dr. Frank Decker. Herzlichen Dank, dass Sie es möglich gemacht haben. Sie sind Professor am Institut für politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, und Sie sind auch Mitglied unserer Vereinigung, das freut mich ganz besonders. Sie publizieren regelmäßig zum Thema Populismus. Wir haben schon viel von Ihnen zu diesem Thema gelesen. Zuletzt haben Sie 2013 ein Buch veröffentlicht „Wenn die Populisten kommen: Beiträge zum Zustand der Demokratie und des Parteiensystems“. Wer könnte also besser zu unserem heutigen Abend passen als Professor Decker? Herzlich willkommen!

(Beifall)

Der Dritte im Bunde als unser Referent - auch Ihnen ein herzliches Willkommen und ein Dankeschön, dass Sie es möglich gemacht haben - ist Herr Professor Dr. Reinhold Gärtner von der Universität Innsbruck. Sie sind Professor für Politikwissenschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sowie im politischen System Österreichs. Da versprechen wir uns von Ihnen heute Abend natürlich wertvolle Erkenntnisse und eine tolle Grundlage für unsere Diskussion. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Unsere drei Gäste versprechen einen spannenden Abend.

Diejenigen, die öfter zu unseren Veranstaltungen kommen, wissen es schon: Wir könnten keinen besseren Moderator haben als Herrn Professor Oberreuter. Herzlichen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, uns durch den Abend zu führen.

Darüber freue ich mich sehr. Wir sind hier ein gut eingespieltes Team. Ich bedanke mich herzlich und übergebe jetzt Herrn Oberreuter für die Führung durch den Abend das Wort.

(Beifall)

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Liebe Frau Högl, ganz herzlichen Dank. Wir haben im Grunde eine perfekte Einführung in den Abend gehört. Insofern kann ich mich noch kürzer fassen, als ich es ohnehin wollte.

Ich habe an uns eigentlich eines zu kritisieren: Als wir das Thema formuliert und bedacht haben, haben wir nicht gänzlich überbissen, dass es in Europa nicht nur einen Rechts-, sondern auch einen Linkspopulismus zu geben scheint. Der frühere griechische Finanzminister Venizelos hat gestern öffentlich mitgeteilt, was man in Griechenland im Augenblick sehe, sei - ich zitiere - ein nationalpopulistischer Exzess. Nationalpopulistische Exzesse sind wir eigentlich mehr von Rechten gewohnt als von Linken. Aber das Thema ist komplex.

Wir haben unser Augenmerk darauf gerichtet: Wir wollen nicht nur über die Sache an sich reden, sondern darüber, wie sich populistische Strömungen im Parteiensystem und in der parlamentarischen Praxis niederschlagen. Da ist sehr interessant, wie Marine Le Pen in Frankreich Berücksichtigungszwänge in gewisser Weise konstituiert, oder auch sehr interessant, wie die eigentlich schon niedergeschriebene FPÖ in Österreich bei den letzten Landtagswahlen sich wenigstens in einem Bundesland in die Regierung hineingemogelt hat und die SPÖ ihr Versprechen „Mit denen nie!“ zurückzog und sich auch da das politische Klima ein Stück weit verändert.

Wir haben in Dänemark gerade erlebt, dass die Rechtspopulisten mehr Stimmen erzielt haben als Rasmussen, der jetzt die Minderheitsregierung bildet. Was ich in unserem Kontext für besonders interessant halte, ist, dass der Vorsitzende der

Rechtspopulisten gesagt hat: Ich beziehe die Position, in der ich am meisten durchsetzen kann. Deswegen gehe ich in die Opposition. - Das heißt im Klartext für unser engeres Thema: Verhinderungsmacht. Verhinderungsgewalt ist natürlich auch eine Gestaltungsmacht, wenn auch eine negative. Aber die intensiven, tieferen Einsichten zum Thema Populismus in Theorie und Praxis wird uns Herr Decker vermitteln. Und nachdem wir mit den Referenten und nicht mit dem Moderator reden wollen, bekommt er jetzt umstandslos sofort das Wort.

Prof. Dr. Frank Decker: Ich bedanke mich herzlich für die Einladung. Ich hatte mir vorgenommen, Zusagen bei diesem Thema zu reduzieren, aber für die Vereinigung, deren Mitglied ich bin, mache ich gerne eine Ausnahme.

Ich will in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit zwei Dinge ansprechen, zum einen - das geht allerdings nur im Telegrammstil - einen Überblick über die vergleichende Populismusforschung geben. Das Thema ist offen formuliert, es steht ja nicht Rechtspopulismus in der Überschrift, sondern Populismus, die politikwissenschaftliche Forschung zu diesem Thema.

Zum anderen möchte ich, weil die Kollegen aus Österreich und Frankreich da sind, auch speziell etwas zur Situation in der Bundesrepublik sagen, denn wir haben es hier seit 2013 mit einer Veränderung zu tun. Vorher war die Bundesrepublik auf der Landkarte des Rechtspopulismus ein weißer Fleck, aber mit der AfD könnte sich das jetzt ändern.

Der Populismusbegriff - ich habe ihn schon vor über 20 Jahren zur Charakterisierung dieses neu entstandenen Parteientypus in den westeuropäischen und später auch in den mittelosteuropäischen Demokratien verwendet - hat sich in der Wissenschaft gegen alle Einwände durchgesetzt. Die Einwände lauten vor allem: Der Begriff ist wertgeladen. - Wenn man zum Beispiel in der Diskussion über die AfD den Begriff Rechtspopulismus zur Charakterisierung dieser Partei verwendet, so erlebt man sein

blaues Wunder. Man sieht sich dann dem Vorwurf ausgesetzt, dass man die Partei beschimpfen, sie abwerten wolle. Es ist aber bei wissenschaftlichen Begriffen oft so, dass sie einerseits analytische Kategorien, andererseits wertgeladen im positiven oder negativen Sinne sind. Diese Wertgeladenheit kann nicht dazu führen, dass wir die Begriffe nicht mehr verwenden. Wir würden ja auch den Begriff Demokratie nicht deshalb ablegen, weil er positiv wertgeladen ist. Damit müssen wir also zurechtkommen.

Der andere Einwand ist: Der Populismus-Begriff ist im Grunde völlig unbestimmt. Er wird sehr häufig auch für Dinge verwandt, auf die er eigentlich nicht zutrifft. Zum Beispiel wird der Begriff Populismus häufig zur Bezeichnung einer Position, die besonders populäre Meinungen vertritt, verwendet. Ich halte das für falsch. Populistisch ist nicht gleich populär, ganz im Gegenteil. Zum Populismus kann es gehören, ganz bewusst unpopuläre Meinungen zu vertreten, ja kalkulierte Entgleisungen vorzunehmen, weil man sich gerade dadurch der Glaubwürdigkeit der eigenen Anhängerschaft versichert.

Der Populismus beansprucht, die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung zu vertreten. Er reklamiert für sich, dass er die Interessen, die Meinungen des Eigentlichen, und das heißt eben auch, des Volkes in der Mehrheit gegen die politische Klasse, gegen die gesellschaftlichen und politischen Eliten vertritt. In Wirklichkeit sehen wir aber, dass die Populisten nur ganz selten auch nur in die Nähe der Mehrheit gelangen. Hier ist die Situation in Mitteleuropa vielleicht etwas anders; das möchte ich ausklammern, es würde sonst zu viel. Ich werde mich auf die westeuropäischen Länder beschränken. Dort repräsentiert der Populismus zum Teil die Hauptströmung im Mitte-Rechts-Lager, und dort sind dann solche Parteien auch mehrheitsfähig; denken Sie an Orbán in Ungarn, an PiS - die Kaczynski-Partei in Polen -, deren Kandidat jetzt in Polen auch die Präsidentschaftswahlen gewonnen hat.

Was ist also populistisch? Im Unterschied zu populär ist es eine Haltung, die für das sogenannte einfache Volk Partei ergreift und sich gegen die herrschenden

gesellschaftlichen und politischen Eliten wendet. Man kann es vielleicht auf die Kurzformel bringen: Antiestablishment. Das ist das Wesen des Populismus.

Populismus verbindet sich nicht nur mit Parteien. Es kann unterschiedliche Träger von Populismus geben. Das können einzelne Personen, das können ganze Regimes sein, das kann sich auf Äußerungen beziehen. Wir verwenden den Begriff hauptsächlich zur Charakterisierung eines seit den siebziger, achtziger Jahren in den europäischen Demokratien neu entstandenen Parteientypus.

Wie kann man den Populismus analysieren? Das, was natürlich am wichtigsten ist und uns in der Diskussion heute sicherlich am meisten beschäftigen wird, ist die Frage nach den Ursachen des Populismus. Woher kommt er? Wer sind diejenigen, die empfänglich sind für die Appelle, die Botschaften der populistischen Parteien?

Zum Zweiten die Frage: Was charakterisiert den Populismus inhaltlich? Ich habe erst einmal eine allgemeine Definition gebracht. Sie ist aber offen für ganz verschiedene Arten von Inhalten und Ideologien. Es ist schon angeklungen: Wenn wir vom rechten Populismus sprechen, unterstellen wir implizit auch die Möglichkeit, dass es einen linken Populismus gibt. Und tatsächlich gibt es einen solchen. Da brauchen wir nicht nach Südeuropa zu gucken. Wir haben oder hatten zumindest hier in Deutschland unter der Ägide Oskar Lafontaines auch eine linke Partei in Deutschland, die sehr stark populistische Züge aufwies.

Als weiteres ideologisches Merkmal: Ist der Populismus extremistisch oder gehört er, wie die Österreicher sagen, in den Verfassungsbogen, oder vertritt er moderate oder gemäßigte Positionen? Da gibt es in der Wissenschaft unterschiedliche Meinungen. Ich vertrete die Position, dass das Spektrum des Populismus sehr weit reicht. Es kann von moderaten Positionen bis hin zu extremistischen Positionen reichen. Am französischen, vielleicht sogar am österreichischen Beispiel kann man sehen, dass Extremismus auch in den Populismus hineinragen kann.

Das Gros der populistischen Parteien - das ist auch eine wichtige Voraussetzung für den Wählerzuspruch - ist aber gerade nicht extremistisch. Die extremistischen Vertreter des Populismus sind in der Minderheit. Die meisten dieser Parteien gehören zum demokratischen Verfassungsbogen.

Es ist sehr interessant, zum Beispiel die Zuordnung dieser Parteien im Europäischen Parlament zu sehen. Die rechtspopulistischen Vertreter waren nicht in der Lage, eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Das hängt auch mit den großen ideologischen Unterschieden zusammen. Jetzt ist es im harten Kern des europäischen Rechtspopulismus zur Fraktionsbildung gekommen. Das ist aber nur eine Teilmenge des Rechtspopulismus. Die UKIP zum Beispiel ordnet sich der Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ zu. Die AfD hat es gegen Widerstand geschafft, in die Fraktion der Konservativen aufgenommen zu werden. Es sind dort drei Fraktionen, in denen rechtspopulistische Parteien vertreten sind.

Das letzte Element: Es gibt in der Literatur immer noch die Meinung, dass das eigentlich Charakteristische des Populismus eine bestimmte Form der Organisation und der Wähleransprache sei. Man sagt, typisch für populistische Parteien sei die Dominanz einer Führerfigur an der Spitze, die mit charismatischen Eigenschaften ausgestattet ist. Das kann man für die Entstehungsphase dieser Parteien in den achtziger Jahren sicherlich behaupten. Die Namen sind uns präsent: Bossi, Berlusconi, Haider, Jean-Marie Le Pen. Das waren tatsächlich charismatische Führer. Wenn ich Sie reihum fragen würde, wer die Vorsitzenden der heute erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien sind, würden Ihnen deren Namen wahrscheinlich gar nicht präsent sein. Das hat doch eine gewisse Aussagekraft. Diese Parteien haben sich im Grunde von dem Prinzip der charismatischen Führerschaft emanzipiert, und sie sind ein Stück weit normale Parteien, auch mit normalen verfestigten Parteiorganisationen geworden. Sie haben sich dem Mainstream der Parteien angepasst.

Ich finde es zum Beispiel ganz interessant, dass die AfD in Deutschland Organisationselemente mit der Doppelspitze aufweist, die demnächst vielleicht abgeschafft werden soll. Doppelspitzen kennen wir bisher nur von den linken Parteien, von den Grünen und den Linken. Da werden also Organisationselemente der etablierten Parteien übernommen. Dies gilt heute in der Form eigentlich nicht mehr. Wir haben es mit neuen rechtspopulistischen Parteien zu tun. Populismus hat es auch schon früher gegeben. Das ist ein historischer Begriff, er stammt aus den USA des 19. Jahrhunderts. Die früheren populistischen Erscheinungen waren aber zeitlich und räumlich versetzt. Seit den achtziger Jahren haben wir es aber mit einer zeitgleichen Entwicklung bei allen Unterschieden zwischen diesen Parteien zu tun, dass erfasst mehr oder weniger alle europäischen, ja sogar darüber hinausgehend auch die nordamerikanischen, ozeanischen Demokratien. Es gibt also eine Zeitgleichheit des Auftretens.

Man kann vielleicht eine Vorreiter-, eine Haupt- und eine Nachzüglerphase unterscheiden. Die Vorreiter waren die skandinavischen Fortschrittsparteien, die als Steuer-Rebellen schon in den siebziger Jahren entstanden sind. In den achtziger Jahren sind dann die Parteien entstanden, deren Anführer ich eben genannt hatte: Lega Nord, der Front National - den es zwar schon vorher gab, der aber seine Wahlerfolge erst in den achtziger Jahren errungen hat.

Ein interessanter abweichender Fall ist die FPÖ in Österreich. Die gab es schon vorher. Sie ist aber im Grunde erst durch Jörg Haider dann zu einer wirklich rechtspopulistischen Partei transformiert worden. Ein anderer - ähnlich gelagerter - Fall ist die Schweizerische Volkspartei, die in den neunziger Jahren unter Christoph Blocher einen rechtspopulistischen Kurs eingeschlagen hat. Auch diese Partei gibt es in der Schweiz seit den Zwanzigerjahren. Bei allen anderen Vertretern handelt es sich um Neugründungen. Insoweit kann man sagen, dass die Rechtspopulisten neben den Grünen, neben den ökologischen Parteien die einzige erfolgreiche Neugründung einer Parteienfamilie in Europa gewesen sind.

Als ich mich Mitte der Neunzigerjahre mit dem Phänomen zu beschäftigen begann, war ich davon ausgegangen, dass es sich um kurzlebige Erscheinungen, um Protestparteien handeln würde. Wir verwenden häufig den Begriff Protestwähler und Protestparteien. Da schwingt im Grunde immer die Erwartung mit, dass diese Parteien über kurz oder lang wieder aus den politischen Systemen verschwinden, nämlich dann, wenn sie im Grunde ihre Funktion erfüllt haben. Wenn also die etablierten Vertreter die Protestgründe dann aufgreifen, werden diese Parteien sozusagen zum Opfer ihres eigenen Erfolgs. Das hat es immer wieder einmal gegeben. Genau diese Erwartung hat sich aber bei den populistischen Parteien nicht erfüllt. Die sind aus den politischen Systemen nicht verschwunden. Insoweit wäre es ganz verkürzt, wenn man sie als bloße Protestparteien bezeichnen wollte.

Es gab dann gewisse Konjunkturen. Es gab eine Aufstiegsphase in den Achtzigerjahren und auch in den Neunzigerjahren anhaltende Erfolge und eine Ausweitung dieses Phänomens in Europa, dann aber einen leichten Rückgang zu Beginn der 2000-er Jahre. Das hängt vor allem damit zusammen, dass einige Parteien damals in die direkte Regierungsverantwortung gekommen sind - Österreich als interessantester Fall, aber auch in den Niederlanden - die Lijst Pim Fortuyn, und die Folge dieser Regierungsbeteiligung war dann ein dramatischer elektoraler Absturz. Das spiegelt sich in diesen Zahlen wider.

Vielleicht hat auch die damalige wirtschaftliche Situation dazu geführt, dass die linken Parteien im Grunde den Protest, den es gegeben hat, glaubwürdiger adressieren konnten. Dann hat sich die Situation aber im Grunde seit Mitte der 2000-er Jahre wieder dramatisch zugespitzt. Das kann man auch erklären. Ich denke, es gibt zwei Hauptgründe für diese nochmalige Ausweitung.

Dann gab es eine Nachzüglerphase. Dort, wo es noch keine populistischen Parteien gegeben hat, sind sie dann entstanden, etwa in den Niederlanden, in Finnland „Die wahren Finnen“, und wenn man so will, war der letzte Nachzügler die Bundesrepublik Deutschland.

Was hat sich seit den 2000-er Jahren verändert? Das erste Stichwort ist ganz unvermeidlich der 11. September. Wir haben es mit einer neuen Virulenz kultureller Wertekonflikte durch den islamischen Terrorismus zu tun. Wir beobachten jetzt zum Beispiel, dass die Islamisten eine neue Strategie im Terror entwickeln, indem sie ganz gezielt eingesessene - etwa in Frankreich - Migranten aus der dritten Generation als potenzielle Attentäter rekrutieren. Europa ist im Visier des Islamismus, des islamistischen Terrorismus. Da können wir uns sehr gut ausmalen, dass diese Verunsicherung auch in Zukunft ein ganz starkes Thema für die Populisten sein wird. Ich nenne auch das Stichwort PEGIDA.

Des Weiteren haben wir durch die Bürgerkriege im Nahen Osten eine wieder zugespitzte Flüchtlingssituation. Wir gehen damit in der Gesellschaft heute anders um als etwa Anfang der Neunzigerjahre, als es eine ähnliche Entwicklung gegeben hat. Aber auch das ist natürlich eine Steilvorlage. Das hält Chancen für die Rechtspopulisten bereit.

Das andere große Thema seit 2007 ist die Finanz- und Euro-Krise. Wir haben es hier in doppelter Hinsicht auch mit ökonomischen Verteilungskonflikten innerhalb der Gesellschaften zu tun. Die Kluft zwischen den Gewinnern und den Verlierern der Globalisierung ist durch eine Politik, die vielleicht einseitig auf Marktliberalismus gesetzt hat, in den Neunzigerjahren weiter verstärkt worden.

Wir haben aber neuerdings - und sehen es jetzt ganz dramatisch am Beispiel der Griechenland Krise - auch Verteilungskonflikte zwischen den Staaten. Auch das ist ein Thema, dass die jeweiligen Populisten in den betroffenen Ländern national für sich akzentuieren können. Insoweit tritt nun als Mobilisierungsthema oder ergänzend zur populistischen Gewinnerformel die Euro-Skepsis hinzu.

Euro-Skepsis ist kein Alleinstellungsmerkmal der Populisten von Rechts und Links. Umgekehrt ist es so: Alle Rechtspopulisten und auch das Gros der Linkspopulisten sind heute zugleich Euro-skeptisch. Wie kann man das erklären? Man kann es relativ leicht erklären, wenn man die Gewinnerformel oder das betrachtet, was ich die elektorale und programmatische Gewinnerformel des Populismus nenne.

Die populistischen Parteien sind keine Nischenparteien. Sie sind keine Ein-Punkt-Parteien, sondern Parteien mit einer breiten programmatischen Plattform. Diese programmatische Plattform besteht im Grunde aus drei Elementen oder thematisiert drei Konflikte. Das eine sind ökonomische Konflikte. Da ist es ganz interessant, dass wir heute die rechtspopulistischen Parteien gar nicht mehr so eindeutig als rechte Parteien klassifizieren können. Viele vertreten eher linke Positionen in der Wirtschaftspolitik. Wir haben das etwa in den skandinavischen Ländern. Dort sind die Rechtspopulisten - etwa die dänische Volkspartei - die vehementesten Verteidiger des Wohlfahrtsstaates. Auch in Frankreich haben wir gesehen: Der Front National war in den Achtzigerjahren sehr stark wirtschaftsliberal ausgerichtet und ist dann im Zuge auch der Veränderung seiner Wählerschaft immer mehr auf sozialpopulistische und sozialprotektionistische Positionen umgeschwenkt, ohne die liberalen Positionen ganz aufzugeben. Wirtschaftspolitisch können wir diese Parteien also nicht ohne Weiteres als rechts, als liberale Parteien charakterisieren. Darin spiegelt sich eben auch der Wandel der Wählerschaft wider. Diese Parteien werden auch sehr stark von Wählern unterstützt, von denen man eigentlich sagen würde, dass sie eher linken oder sozialdemokratischen Parteien zuneigen.

Das Zweite ist der Wertekonflikt. Wir haben es generell mit einer zunehmenden Bedeutung solcher kulturellen Konflikte im Zuge von Individualisierungs- und Pluralisierungsprozessen innerhalb der Gesellschaft zu tun. Die Zuwanderung ist hier das wichtigste Mobilisierungsthema, also die Angst vor Überfremdung, Stichwort multikulturelle Gesellschaft. Das verbindet sich dann auch mit der Sorge vor dem Verlust nationaler Souveränität.

Last, but not least thematisieren die Populisten auch gewisse Übertreibungen - nenne ich das einmal - in der Minderheitenpolitik und der politischen Korrektheit. Insoweit könnte man sagen, dass sie im Parteiensystem den Gegenpol einerseits zu den liberalen Parteien, zumindest in kultureller Hinsicht, andererseits aber auch zu den grünen Parteien einnehmen. Dass diese gesellschaftspolitisch-konservativen Positionen eine sehr große Rolle spielen, sehen wir zum Beispiel bei der AFP, und das ist in gewisser Weise auch plausibel. Wenn jetzt auch die Unionsparteien für die völlige Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eintreten und auch das Wort Ehe dafür akzeptieren, dann halte ich es für plausibel, dass eine Partei eine Minderheitsposition vertritt, die das eben anders sieht. Ansonsten wäre eine solche Position im politischen System nicht mehr repräsentiert. Dafür gibt es also eine Empfänglichkeit. All das steht im Zentrum des Populismus. Ein Kollege hat das einmal mit dem Stichwort Identität umschrieben. Die populistischen Parteien sind Identitätsparteien. Das ist der Schlüsselbegriff.

Als Drittes kommt das Problem der politischen Entfremdung hinzu. Das ist das Kernmerkmal des Populismus: die Abgehobenheit der politischen Klasse. Dieser Vorwurf ist nicht unberechtigt. Wenn Sie sich heute die Zusammensetzung auch der politischen Eliten anschauen: Ich kann mich noch erinnern, wie vor sieben, acht Jahren, wenn man hier in Berlin auf Empfängen war, zum Beispiel über den damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Beck in der eigenen Partei gelästert worden ist. Das war vielleicht noch ein Mann, der auch Kontakt zur Lebenswelt der ganz normalen, einfachen Bürger hatte. Bei denen, die dann später Kanzlerkandidaten geworden sind, wissen wir, welche Ergebnisse sie eingefahren haben.

Das ist nicht nur ein exklusives Problem der deutschen SPD. Auch in Großbritannien wird stark diskutiert, dass im Grunde die linken Parteien mit der Lebenswelt der Wähler, die sie eigentlich erreichen wollen, immer weniger zu tun haben. Und das greifen die Populisten auf. Insoweit thematisieren sie auch eine tiefgreifende Repräsentationskrise in unserem politischen System.

Diese drei Elemente dieser Programmformel hängen eng miteinander zusammen. Die Elitenkritik ist im Grunde das übergreifende Element. Aber auch die kulturelle und die ökonomische Agenda sind eng miteinander verbunden. Die Skandinavier umschreiben das zum Beispiel mit dem Begriff des Wohlfahrtschauvinismus. Da geht es um Verteilungsfragen, allerdings verkoppelt mit der Forderung, die Leistungen des Wohlfahrtsstaates ausschließlich, exklusiv der autochthonen, der eingewohnten Bevölkerung vorzuzulassen.

Wenn wir diese Programmformel zugrunde legen, dann sehen wir auch, warum das Euro-Thema für die Populisten so wichtig geworden ist: weil sich im Grunde in der europäischen Politik genau diese drei Aspekte noch einmal bündeln, gleichsam wie unter einem Brennglas. Die Europäische Union wird als Urheber von ungerechter Verteilung betrachtet - nicht nur innerhalb der Gesellschaft, weil sie ein einseitig neoliberales Projekt ist, sondern auch zwischen den auseinanderdriftenden Ländern der Währungsunion.

Die europäische Politik wird als Einfallstor für unerwünschte Zuwanderung betrachtet. Denken Sie an David Cameron, der diese Freizügigkeit beschränken will. Da geht es um die Frage, ob die Zuwanderer aus den europäischen Ländern, aus der Europäischen Union auch Sozialleistungen beanspruchen dürfen. Da haben Sie wieder den Wohlfahrtschauvinismusaspekt.

Und dann haben wir es - auch das ist durchaus berechtigt - in der Europäischen Union mit einem notorischen Demokratiedefizit zu tun. Allein die Tatsache, wie in der Euro-Zone weitreichende Entscheidungen getroffen werden, ist ein sichtbarer Beleg dessen. Insoweit können Sie diese Euro-Skepsis mühelos an die Programmformel des Rechtspopulismus andocken.

Abschließend wenige Bemerkungen zur AfD. Bei der AfD ist es im Grunde genau umgekehrt: Hier ist die Euro-Skepsis verankert. Unter Euro-Skepsis verstehe ich eine

Position, die zum einen im engeren Sinne die Währungsunion infrage stellt und sich zum anderen in einem weiteren Sinne gegen eine weitere Vertiefung der europäischen Integration wendet. Das würde ich unter Euro-Skepsis verstehen. Bei der AfD war das Euro-Thema im Grunde der Türöffner für den Populismus. Das war der populistische Moment, der es in der Bundesrepublik ermöglicht hat, dass eine solche Partei entsteht. Dass es dafür eine Empfänglichkeit gibt, konnte man sehen, als die FDP einen Mitgliederentscheid über die Rettungspolitik durchführte. Bei diesem Mitgliederentscheid haben immerhin 44 % der Mitglieder für die Position von Schäffler gestimmt. Insoweit ist es durchaus folgerichtig - da scheint ja die Konzeption von Lucke zu sein -, dass er im Grunde mit der Kombination von konsequent wirtschaftsliberalen Positionen mit einem moderaten gesellschaftspolitischen Konservatismus die Position der FDP im deutschen Parteiensystem einnehmen will. Also eine Lucke-Partei plus FDP kann ich mir in diesem Parteiensystem nicht wirklich vorstellen. Nun - das haben Sie alle beobachtet - gibt es in dieser Partei einen Richtungskonflikt, und der wird in einem richtigen Show-down am kommenden Sonntag auch entschieden. Wie wird das ausgehen? Ich weiß es nicht. Bei einem Delegiertenparteitag wäre es für Lucke sicherlich schon verloren gewesen, aber bei dem Mitgliederparteitag? Die Mitglieder sind halt nicht so leicht berechenbar.

Der nationalkonservative Flügel hat natürlich recht, wenn er sagt: Die Plattform, die Lucke bedient, ist zu schmal, um darauf dauerhaft erfolgreich sein zu können. Insoweit wäre es schon folgerichtig - und die haben auch weniger Probleme mit dem wirtschaftsliberalen Flügel als umgekehrt -, im Grunde diese beiden Elemente einer solchen Partei zusammenzubringen. Aber umgekehrt hat Lucke recht mit seiner Warnung vor einer Öffnung der Partei nach Rechtsaußen. Das ist in der Tat eine der Erklärungen dafür, warum es Rechtspopulismus in der Bundesrepublik in der Vergangenheit nicht gegeben hat. Dieses Problem wird sich sicherlich verschärfen, wenn sich Petry auf dem Parteitag durchsetzt. Man kann es also als Erosion der Abgrenzung nach Rechtsaußen bezeichnen. Ob die Partei das kontrollieren kann? Da würde ich doch ein großes Fragezeichen anmelden. Insoweit könnte es tatsächlich so sein, dass die AfD aus dem deutschen Parteiensystem auch wieder verschwindet und wir dann in die Situation kommen, die wir lange Zeit hatten: eine

weitgehende Integrationsfähigkeit der Unionsparteien nach rechts. Da ist auch die Arbeitsteilung zwischen CDU und CSU sehr vorteilhaft für die Unionsparteien.

Wir haben auch funktionale Äquivalente des Populismus, denken Sie an die Bild-Zeitung und ihre Rolle in der Griechenland-Krise, wo der Populismus medial befeuert worden ist. Die Linkspartei hatte ich schon erwähnt. Das würde dann solche Stimmungen in der Bundesrepublik vielleicht auch absorbieren. Das werden wir abwarten müssen. Vielleicht bleibt Deutschland tatsächlich der weiße Fleck auf der Landkarte des Rechtspopulismus.

Zwei Hinweise noch zur AfD: Bei der Beschäftigung mit der AfD sind mir zwei Dinge aufgefallen. Zum einen ist der Rechtspopulismus in Gestalt der AfD in Deutschland keineswegs vom Himmel gefallen, sondern es hat Vorläuferorganisationen gegeben, etwa das Netzwerk zivile Koalition von Beatrix von Storch, die Initiative soziale Marktwirtschaft, also eine Reihe von gesellschaftlichen Organisationen und Gruppierungen, wo dieses Potenzial auch in organisatorischer Form schon versammelt war.

Ich glaube, dass man auch die Rolle der Sarrazin-Debatte - im Sommer 2010 hat das sechs Wochen lang das Land in Atem gehalten - betrachten sollte. Sarrazin hat dann noch zwei Bücher nachgelegt, und diese buchstabieren genau die Programmformel des Rechtspopulismus aus, die ich eben genannt habe. Das erste Buch war zum Thema Zuwanderung, das zweite Buch zur Euro-Krise und das dritte Buch zum vermeintlichen Tugendterror. Ich glaube, dass das Terrain für den Rechtspopulismus durch Sarrazin auch diskursiv bereitet worden ist.

Zweiter und abschließender Hinweis: Es ist mir auch bei den restriktiven Faktoren für den Populismus in Deutschland neben der politischen Kultur noch einmal deutlich geworden: Extremismus, auch Populismus ist hierzulande stigmatisiert. Das hat mit unserer Historie zu tun. Neben diesen Faktoren spielen auch die institutionellen

Bedingungen des Parteienrechts eine sehr große Rolle. Unser Grundgesetz und das Parteienrecht zwingen die Parteien, sich nach Maßstäben innerparteilicher Demokratie zu organisieren. Wenn die Parteien selber dafür eintreten, mehr direkte Demokratie einzuführen, dann müssen sie diese demokratischen Prinzipien natürlich auch in der eigenen Organisation gelten lassen, und das setzt die Führung durch Teilhabe und Mitwirkungsansprüche einer Basis aus, die dann häufig auch aus politischen Amateuren besteht, denen sie nicht ohne Weiteres ausweichen kann. Ich glaube, dass Bernd Lucke nicht zuletzt auch an diesem Problem mit gescheitert ist. Insoweit war das eine sehr weise Entscheidung der Väter und Mütter unseres Grundgesetzes, dass sie in Art. 21 hineingeschrieben haben, dass Parteien hierzulande nicht einfach nach einem Führerprinzip organisiert werden können, sondern nach demokratischen Grundsätzen zu organisieren sind. - Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Herr Decker, vielen herzlichen Dank. Sie haben uns eine Reihe von Kategorien vorgegeben, die eine solche Diskussion strukturieren, wenn ich aus dem Hintergrund der heimlichen Fragestellung - wie wirkt sich das alles auf Parteien und Parlamentarismus aus? - noch einmal die drei Konflikte reflektiere: ökonomisch, Wertkonflikte, Elitenkonflikt. Es sind von der Qualität die westlichen Demokratien insgesamt erfasst, auch die USA übrigens, da kommt man auf dieselben Problemkreise.

Wenn man es auf das Parteiensystem herunterbricht, ist Ihre These natürlich schon interessant: Es gibt keinen Platz für Lucke und FDP oder für AfD und FDP. Demoskopisch gesehen sähe es so aus, dass der Wähler das durchaus schon bewerkstelligen könnte - bei 4 % die einen und 5 % die anderen -; das ist ja alles im Fluss. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass bei der letzten Bundestagswahl schon fast 16 % der Wählerstimmen bei der Mandatsverteilung nicht berücksichtigt worden sind. Das wäre also ein zusätzliches Problem für populäre populistische Anti-

Eliten-Diskussionen. Aber das will ich jetzt nicht vertiefen. Ich frage einfach Madame Le Gloannec, inwiefern sie sich kategorial in Herrn Decker wiedererkennt und inwiefern die französische Realität uns in der Problemerkennntnis und in der Besorgnis weiterführt.

Prof. Dr. Anne-Marie Le Gloannec: Vielen Dank erst einmal für die Einladung. Es ehrt mich sehr, mit Ihnen ein Gespräch über Populismus in Europa, in diesem Fall über Populismus in Frankreich führen zu dürfen. Ich möchte mich in gewissen Punkten sowohl von Herrn Professor Dr. Oberreuter als auch von Herrn Professor Decker distanzieren, aber nicht sehr oft.

Es gibt ein französisches Phänomen, ja, das stimmt. Ich möchte mit Bert Brechts berühmtem Satz beginnen: Stellen Sie sich vor, Frau Le Pen wird die nächste Präsidentin, aber sie hat keine Truppen! - Ich meine, keine Truppen im Parlament. Das könnte sehr wohl der Fall sein. Wenn man sich die letzten Meinungsumfragen anguckt, stellt man fest, dass etwas mehr als 30 % der Wähler bereit wären, beim ersten Wahlgang für Frau Le Pen zu stimmen. Beim zweiten Wahlgang hätte sie die Mehrheit, wenn ihr Kontrahent François Hollande wäre. Wir hätten dann eine Präsidentin, die erste Präsidentin der Französischen Republik, der Fünften Republik.

Zurzeit ist einiges in Bewegung und man kann nichts vorhersagen. Aber wenn Sarkozy sich als Kandidat aufstellen ließe - er hat vor kurzem angedeutet, dies könnte vielleicht auch nicht der Fall sein, und er hat auch gewisse juristische Probleme -, dann würde er gewählt werden. Alain Juppé würde sowieso gewählt werden. Aber wir können sehr wohl eine Frau Le Pen als Präsidentin haben. Aber wer sitzt im Parlament? Wie viele Stimmen hat sie zurzeit? Gut, es würde dann die Assemblée nationale aufgelöst und es gäbe Wahlen, aber ob sie so viele Stimmen bekäme? Zurzeit gibt es zwei französische Abgeordnete, die der Front National angehören. Es könnte also zu einer sehr merkwürdigen Situation kommen. Ich werde später zu der Person und der Entwicklung von Le Pen kommen.

Ich möchte mit folgenden Fragen anfangen: Ich würde, Herr Professor Decker, nicht das Wort Verhinderungsmacht verwenden, sondern die Frage stellen: Würde sie dann eine Präsidentin ohne Macht oder ist sie bisher vor allem hauptsächlich eine Tonangeberin gewesen, diejenige, die die Debatte dominiert hat? Das wäre hauptsächlich meine These: Sie hat die Debatte sowohl inhaltlich als auch rhetorisch dominiert. Ich würde die Bezeichnung „Tonangeberin und charismatisch“ verwenden.

Was die Ursachen angeht, wäre ich mit Ihnen, Herr Professor Decker, überwiegend einverstanden, würde manchmal auch ein wenig von Ihrer Meinung abweichen oder gewisse Punkte speziell an Frankreich adaptieren.

Das erste Problem: die Ideologie. Ich würde ein Fragezeichen dahinter setzen: Das Ende der Ideologien? Vor allem von Francis Fukuyama wurde in den Neunzigerjahren die Idee vom Ende der Ideologie, vom Ende der Geschichte vertreten, Triumph der Demokratie, des Liberalismus, Ende des Kommunismus, wobei, wie Sie wissen, sowohl in Frankreich, als auch in Italien viele Altkommunisten bzw. diejenigen, die sich vorher für die Kommunistische Partei engagiert haben, jetzt in Richtung Front National gehen oder sich Berlusconi zugewandt haben. Es gab diese merkwürdigen Sprünge von links nach rechts.

Der Triumph der Demokratie hing mit der Globalisierung zusammen und auch mit den verheerenden Seiten der Globalisierung, die nicht immer so schön gewesen sind, wie man sie sich damals vorstellte, das heißt, die Rolle der Finanzmärkte. Nicht, dass die Märkte schlimm sind. Wir sind auch die Märkte, glaube ich. Aber sie engen die Machtbefugnisse des Staates, die Gestaltungsmöglichkeiten der Regierungen ein. Das ist ein großes Problem, weil das zu bestimmten Konsequenzen geführt hat, und zwar, dass man sehr wenig die Wahl zwischen unterschiedlichen Lösungen hat. Vor dem Aufschwung der Partei von Marine Le Pen gab es in Frankreich zu der Zeit eine Reihe von Hochs und Tiefs. Vor dem letzten Aufschwung gab es in Frankreich das „pensée unique“ - Einheitsdenken -, was sehr stark kritisiert wurde. Das bedeutet, dass die Sozialisten oder die Konservativen keine unterschiedlichen

Lösungen anzubieten hatten, weil man sowieso in Richtung Austerität beim Budget dachte - wobei nichts stimmte - und es keine Wahl gab. Dieses „pensée unique“ ist von sehr vielen stark kritisiert worden. Das hat also mit unserem Thema zu tun: die Unmöglichkeit, eine andere Wahl zu treffen. Mit der Front National insbesondere gibt es plötzlich sozusagen den Aufschein einer anderen Lösung, anderer Möglichkeiten.

Zweiter Punkt, zweite Ursache würde ich „real existierende Probleme“ nennen. Ich möchte zu den herkömmlichen politischen Parteien kommen. Sie haben die Eliten und die Tatsache erwähnt, dass die populistische Parteien einen Anti-Eliten-Diskurs führen. Aber man muss sich trotzdem die Realität der herkömmlichen Parteien angucken. Diese Parteien sind vor allem in bestimmten Strukturen geboren worden, sind am Ende des 19. Jahrhunderts, am Anfang des 20. Jahrhunderts, Mitte des 20. Jahrhunderts in ganz unterschiedlichen Umständen entstanden, wo die Struktur der Gesellschaft ganz anders war, geprägt von Industriestrukturen bis hin zu sozioökonomische Strukturen, die nichts mit den jetzigen Zuständen zu tun hatten. Das heißt, wir haben politische Parteien, die zum Teil - ich spreche von Frankreich, vielleicht auch von anderen Ländern - mit den Herausforderungen der jetzigen Gesellschaften nicht vertraut sind, die ihnen fremd sind. Bei der Wählerschaft ist eine Fragmentierung und eine Wechselhaftigkeit der Wähler festzustellen. Sie sind dem nicht mehr gewachsen.

Darüber hinaus besteht das große Problem, dass die meisten politischen Parteien mehr und mehr aus Berufspolitikern bestehen. Die Bundesrepublik Deutschland ist das einzige Land, wo die Regierungschefin einen Beruf gehabt hat. Unser Präsident ist sein ganzes Leben lang Parteipolitiker gewesen und geblieben. Das ist ein sehr großes Problem für manche Länder. Das ist eine Entwicklung, die seit 40, 50 Jahren besteht. Darüber sollte man nachdenken. In dem Sinne, glaube ich, sind auch die Eliten ein Teil des Problems. Nicht nur die populistischen Parteien sind ein Problem, sondern auch die herkömmlichen Parteien.

Ich nenne zwei Beispiele: Ich kenne zwei französische Politiker - einer ist sehr berühmt, weil er zum Präsidenten wurde, und einer ist nicht so berühmt -, von denen keiner musste, wie viel eine U-Bahnticket kostet. Das ist typisch französisch, ich glaube nicht, dass dies in Deutschland der Fall wäre. Das zeigt die Kluft zwischen den Politikern und dem normalen Bürger in Frankreich. Ich glaube, dass dies in Deutschland, so wie ich es seit vielen Jahren kenne, ganz anders ist. Das ist ein großes Problem in Frankreich. Wie kann ein Politiker von den Lebensverhältnissen in seinem Land sprechen, wenn er keine Ahnung hat, wie man dort lebt? Ich glaube, Marine Le Pen hingegen hat gute Ohren oder gute Leute, die hinausgehen und sich anhören, wie die Lage ist.

Das dritte Problem haben Sie, Herr Professor Decker, erwähnt: Immigration - unkontrollierte Immigration und radikaler Islam. Diese beiden Probleme treten oft zusammen auf. Die unkontrollierte Immigration, die seit Jahren besteht - das ist kein neues Phänomen, ist aber in den letzten Monaten, Wochen und Tagen unkontrollierter geworden -, zeigt ein Problem auf, das der Philosoph Jürgen Habermas überhaupt nicht verstanden hat. Jürgen Habermas spricht immer wieder von der Notwendigkeit des kommunikativen Handelns. Wie kann man kommunizieren, wenn man keine gemeinsame Sprache hat? Die Tatsache, dass wir mit gewissen Leuten keine gemeinsame Sprache im Sinne von Metasprache haben, ist ein Hauptproblem. Wie wir wissen, gibt es keine Metasprache. Wir sprechen nicht die gleiche Sprache, und das ist wichtigste Problem des Jahrhunderts, sagte ich schon vor zehn Jahren, abgesehen davon - ich gehe jetzt nicht darauf ein, weil das den Zeitrahmen sprengen würde, wir können aber darüber diskutieren -, dass das auch die Solidarität zwischen den Staaten sprengt. Was zwischen Italien und Frankreich im Jahre 2011 und 2012 geschah und was jetzt zwischen Großbritannien und Frankreich in Calais geschieht, beweist: Die Solidarität wird absolut gesprengt.

Die Radikalisierung, der Terror, Terroranschläge, die wir jetzt sehen, spielen eine Rolle. Da gab es viel Naivität bei uns, ich glaube, in vielen anderen Ländern auch, und zwar sehr oft auf der linken Seite unter den Politikern, aber auch unter Intellektuellen: Ach, wie schön ist Multikulti, ist Immigration!, ohne zu sehen, wie der

Rhythmus dieser Immigration ist, wie die Immigration durch die Geschwindigkeit der Veränderungen herausgefordert wird. Und auf der rechten Seite gibt es genauso viele Widersprüchlichkeiten, wahrscheinlich auch, weil es keine Lösung gibt. Oder wo sind die Lösungen? Das ist ein Problem der jetzigen Zeiten.

In dieser entgrenzten, globalisierten Welt haben wir so viele Probleme. Jetzt wurden in den Zeitungen in Frankreich die vier Krisen benannt: Grexit, Brexit, Terroranschläge und Immigration, wobei Brexit meiner Meinung nach das geringste Problem ist; das wird wahrscheinlich nicht kommen. Aber wir haben all diese Probleme in einer entgrenzten Welt zu bewältigen, und es gibt einen breiten Weg für ungewollte, ungünstige Konsequenzen, die wir nicht meistern können, weil die Probleme alle miteinander zu tun haben und so kompliziert sind.

Dann erscheint Frau Le Pen - das ist mein zweiter Teil. Die Partei hat eine ganz lange Geschichte. Der Populismus in Frankreich hat in den fünfziger Jahren begonnen. Dann erschien Jean-Marie Le Pen. Er hatte ein großes Talent. Aber die Front National hat sich immer selbst ins Knie geschossen: Es gab Streitereien, Haarspalterei, das war wunderbar. Diese Tiefs der Front National waren das Glück der herkömmlichen Parteien. Aber dieses Mal haben wir eine Frau, die wahnsinnig charismatisch ist. Ich muss gestehen, dass ich, wenn ich sie im Fernsehen höre, absolut fasziniert von der Frau bin. Dann verstehe ich manchmal die Dreißigerjahre in Deutschland. Ich bin so fasziniert, denn sie artikuliert sich sehr überzeugend. Sie hat eine unglaubliche Überzeugungskraft, ist hochintelligent. Sie legt den Finger auf die wichtigen Probleme: Immigration, diese Leute, diese Mittelschicht oder deklassierte Mittelschicht oder untere Mittelschicht, die sich plötzlich total fremd und deklassiert fühlen und vielleicht auch objektiv deklassiert sind. Die herkömmlichen Parteien haben das Problem unter den Teppich gekehrt. Marine Le Pen hingegen tut dies nicht, aber sie hat nicht die richtigen bzw. Antworten, die einfach unmöglich sind: Schließung der Grenze. Das ist in dieser Welt problematisch. Das Ausscheiden aus dem Euro. - Was ist mit den Schulden? Sie oder die Front National sind da absolut widersprüchlich. Bei diesem fürchterlichen Terroranschlag, der Enthauptung in Südfrankreich, springt sie in die Luft und brüllt: Das ist schrecklich!, und kritisiert die

herkömmlichen Parteien. Aber wer hat die größere Stimme und drückt die Probleme sehr gut aus? Das ist Herr Weiß. Herr Weiß hat jetzt gerade ein Gesetz verabschieden lassen, dass die Befugnisse der Regierung im Hinblick auf Aufklärung stark erweitern wird. Er hat das bekommen - ich stimme dem übrigens zu -, aber es ist überhaupt nicht sicher in dem Sinne der jetzigen Entwicklung, die eigentlich schon vor 9/11, nämlich seit eh und je besteht und sich insbesondere in der letzten Zeit zeigt. Diese bestimmten Probleme spielen ihr nicht unbedingt in die Hände. Talent hat sie, aber Weiß hat auch Talent.

Was soll man tun? Da habe ich keine Lösung. Marine Le Pen hat sicher den Ton abgegeben. Sie hat wahrscheinlich Probleme ausgesprochen, die niemand aussprechen wollte, weil keiner von den Problemen wusste oder wissen wollte - wie die Mittelschicht oder die untere Mittelschicht lebt und manchmal leidet. Nicolas Sarkozy hat versucht, sie zu imitieren, was nicht unbedingt produktiv ist. Eine Zeitlang, zum Beispiel beim letzten Wahlgang, hat er ihre Sprache benutzt, das hat ihm gar nicht genutzt. Sie wird auch mehr und mehr integriert. Es ist auch absolut faszinierend zu sehen, wie die Medien sie im Vergleich zu ihrem Vater und im Vergleich zu ihren früheren Zeiten behandeln. Vor fünf Jahren noch war sie verpönt. Aber jetzt, seit sie mehr oder mehr in die Mitte oder Pseudomitte reicht, wird sie mehr und mehr umworben. Nun bleibt die Hoffnung, dass die politische Klasse sich Frankreich regeneriert und mehr zu bieten hat, als sie bei den letzten Wahlen in Frankreich zu bieten hatte.

Wir haben in Frankreich ein großes Problem des Angebots bei der letzten Wahl, bei den Präsidentschaftswahlen gehabt. Wenn ein oder zwei Politiker erscheinen und sich herausbildet, man will Weiß oder Alain Juppé auf den verschiedenen Seiten, dann wird es doch eine reichliche Mitte geben, die eine von den beiden wählen könnte. Das Schlimmste ist nicht unbedingt, was jetzt geschehen wird, aber wir müssen sehr aufpassen.

(Beifall)

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Vielen Dank, Madame Le Gloannec. Wir haben es also mit einer charismatischen Führerin zu, die umworben wird. Und wenn sie umworben wird, wie Sie sagen, dann hat sie Einfluss aufs öffentliche oder aufs politische Klima.

Ihre Frage „Was tun?“, auf die Sie, wie Sie sagten, keine rechte Antwort haben, würde ich als alter Parlamentarismusforscher mit der Idee zu beantworten suchen: Wieso sind gewählte Abgeordnete nicht der Lage, die Meinungen im Volk aufzunehmen, präzise zu benennen und dann auch, wenn sie klug und etabliert und nicht populistisch sind, mit durchdachten Problemlösungsstrategien zu bedenken? Die Political Correctness führt nicht dazu, dass die abgehängten, prekären Milieus sich politisch wieder vertreten fühlen. Das ist doch das Problem, dass wir einen Bodensatz Bevölkerung haben, der von seinen Vorurteilen lebt, von den Gegensätzen zur etablierten Politik, dem man aber auch keine Antwort gibt. Mir fällt da Herr Schorlemmer ein, der bei PEGIDA gesagt hat: Mit Idioten spricht man nicht. – Also der große Prozentsatz der Idioten gehört auch zum Volk. Ehedem, als es in der DDR gegen die Kommunisten ging, hat er ein Buch mit dem Titel geschrieben „Worte öffnen Fäuste“. Also wenn die kommunistischen Eliten eine Kommunikation wert sind, sind es die Idioten doch auch, denke ich; aber das ist jetzt sehr zugespitzt. Aber da liegt ja das Problem. Sie haben beide darauf aufmerksam gemacht, dass diese Kommunikation leidet. Ansonsten haben Sie in Ihrer Analyse sehr stimmig aufeinander Bezug genommen.

Jetzt kommt Österreich, das wir in Bayern ganz besonders lieben.

Prof. Dr. Reinhold Gärtner: Auch von mir einen recht schönen guten Abend! Danke für die Einladung.

Populismus in Österreich: Wenn wir in Österreich über Populismus reden, reden wir nicht über Linkspopulismus. In Österreich gibt es de facto keinen Linkspopulismus. Es gibt populistische Parteien auf regionaler, kommunaler Ebene, die allerdings eher Randerscheinungen sind. Um die geht es auch nicht.

Es geht bei Österreich im Wesentlichen um Rechtspopulismus, und dabei zunächst einmal um die FPÖ, die Freiheitliche Partei Österreichs. Es gibt einige Splittergruppen. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament ist eine FPÖ-Abspaltung angetreten, die noch ein bisschen fundamentalistischer als die FPÖ auftritt, die aber chancenlos war, was so erwartet worden war. Es gab das BZÖ. Das BZÖ ist mittlerweile auch Geschichte. Bei der Nationalratswahl von 2013 hat das BZÖ die 4-Prozent-Hürde nicht mehr überspringen können und ist damit - das wage ich zu behaupten - politisch auf jeden Fall Geschichte. Ich halte es für nicht wahrscheinlich, dass das BZÖ irgendwie wiederbelebt wird.

Eine populistische Partei, die etwas für Aufsehen gesorgt hat, war die Liste Hans-Peter Martin; das wird Ihnen wahrscheinlich wenig sagen. 2004 und 2009 war er relativ erfolgreich bei der Wahl zum Europäischen Parlament, errang 17 bis 18 %. Das war durchaus eine Erfolgsgeschichte, sehr stark populistisch, sicher nicht rechtspopulistisch. Von Hans-Peter Martin hat man nie irgendwelche rassistischen, xenophoben Töne gehört, ganz im Gegenteil. Aber er war Populist. Sein Hauptthema waren EU und Spesen, mittlerweile ist auch er Geschichte.

Wenn Sie Rechtspopulismus, Rechtsextremismus angesprochen haben: Bei der FPÖ würde ich beides sehen. Wenn die FPÖ als rechtspopulistische Partei bezeichnet wird, so soll das nicht darüber hinwegtäuschen, dass das sehr viel mit Rechtsextremismus zu tun hat, personell und inhaltlich und auch von der Geschichte her.

Ganz kurz zur historischen Entwicklung einige Eckdaten: Die FPÖ wurde 1955 gegründet, im Mai 1955 Staatsvertrag von Wien, später wird die FPÖ gegründet. Vorher - von 1940 bis 1955 - gab es den VDU, den Verband der Unabhängigen. Das war eine erste Sammelbewegung für Ehemalige. Ehemalige waren die ehemaligen NSDAP-Mitglieder und Heimkehrer. 1949 waren die Minderbelasteten wieder zur Nationalratswahl zugelassen. Vorher, 1945, waren sie nicht zugelassen, auch deswegen die Gründung des VDU.

1955 wurde die FPÖ gegründet, und die beiden ersten Parteioberleute sind durchaus bezeichnend, zunächst Anton Reinthaler von 1956 - 1958. Anton Reinthaler war bereits 1928 Mitglied der NSDAP, also für Österreich seinerzeit deutlich voraus. Er war später bei der SS, war im Anschlusskabinett Seyss-Inquart, war kurz Staatssekretär in Wien, war dann Bauernführer in Niederdonau, im heutigen Niederösterreich. Nach 1945 war er drei Jahre wegen seiner Beteiligung am Nationalsozialismus inhaftiert. Er ist der erste Parteiobermann der FPÖ. Das zeigt ein bisschen diese Kontinuität der Zeit. Der zweite Parteiobermann, Friedrich Peter, ebenso bei der SS, hatte in den siebziger Jahren die Debatte gegen Kreisky - Peter Wiesental, auf die ich jetzt nicht eingehe; manche werden sich erinnern. Friedrich Peter hat immer betont, er war nicht aktiv an den Verbrechen beteiligt. Es ist ihm auch nichts anderes nachgewiesen worden, aber die Einheit, bei der er war, war sehr wohl an massiven Verbrechen beteiligt.

Die FPÖ ist eine relativ alte Partei mit Vorläuferparteien oder mit einer Tradition. Anton Benecke hat es einmal sehr treffend als „rechtspopulistisch plus X“ bezeichnet. Das heißt, der Faktor X kommt bei der FPÖ noch dazu und das lange Zeit durchaus wohlwollende Verhältnis zum Nationalsozialismus. Die FPÖ hat sehr, sehr lange Zeit gebraucht - aus meiner Sicht ist das immer noch nicht sehr glaubwürdig -, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Es gab bei ihr sehr stark personelle Konsequenzen; das ist der Unterschied zu anderen rechtspopulistischen Parteien.

Ein weiteres Eckdatum: 1986. 1986 wird Jörg Haider Parteiboss der FPÖ. Damit beginnt die Erfolgsgeschichte der FPÖ. Höhepunkt bis 1999 sind die Nationalratswahlen mit 26,91 %, damals ganz knapp vor der FPÖ, also zweitstärkste Partei, mit - statistisch nicht wahrnehmbar - 415 Stimmen. Aber es hat eine gewisse Signalwirkung gehabt. Die FPÖ ist da erstmals zweitstärkste Partei, kommt dann an die Regierung; darüber werde ich noch kurz reden. Der Aufstieg nach 1986 hat unter anderem den Grund, dass die drei traditionellen politischen Lager in Österreich aufbrechen. Wir hatten in der ersten Republik, also Zwischenkriegszeit, und dann bald darauf in der Zweiten Republik politische Lager, einerseits das sozialistisch-sozialdemokratische, das katholisch-konservative und das sogenannte Dritte Lager, und die brechen auf. Haider wird in einer Zeit mit der FPÖ groß, in der der Wählermarkt sehr viel mobiler wird. In den sechziger oder siebziger Jahren wäre dieses Erfolgsmodell wahrscheinlich nicht zum Zuge gekommen, weil damals die Wählermobilität eine ganz andere war.

Wie sieht es aktuell aus? Aktuell hat bei der Nationalratswahl 2013 die FPÖ 20 %, ist also deutlich unter ihrem Höchststand von 1999. Das nächste Mal werden wir sicher 2018, vielleicht auch früher, was zunehmend weniger überraschend wäre, wählen. Dann werden wir sehen, wie es dann mit der FPÖ aussieht. Wir hatten einige Landtagswahlen, im letzten Jahr Vorarlberg, heuer, Ende Mai, Burgenland und Steiermark. Die beiden waren insofern interessant, als es in der Steiermark doch so etwas wie ein Erdbeben war: Die FPÖ hat von 10 % auf 26 % zulegen können. Das ist schon gewaltig. Die beiden anderen - ÖVP und SPÖ - sind sehr, sehr deutlich reduziert worden. Das ist so eine Art Dreikampf in der Steiermark. Im Burgenland weniger deutlich, aber doch auch eine Zunahme der FPÖ auf 14 bis 15 %. Im Burgenland waren sie traditionell etwas schwächer. Das ist insofern interessant, als im Herbst zwei weitere Landtagswahlen anstehen: in Oberösterreich, was in dem Fall nicht so entscheidend sein wird, aber vor allem in Wien. In Wien kommt es zu einem Showdown zwischen Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Häupl und Heinz Christian Strache. Es deutet alles darauf hin, dass das ein eher schmutziger Wahlkampf werden wird. Ich lasse mich gerne von etwas Positiverem überraschen.

Ein zweiter Aspekt, der jetzt im Juni noch zum Tragen kam - vielleicht haben Sie es am Rande mitbekommen -: Im Burgenland gab es bisher eine SPÖ-ÖVP-Regierung, und jetzt gibt es eine SPÖ-FPÖ-Regierung, das heißt, was Sie vorher angesprochen haben, dieser Tabubruch der SPÖ. Von der Bundespartei kommt da eher hilfloses Zusehen, viel anders kann man das nicht beschreiben. Aber im Burgenland kommt es jetzt zum ersten Mal zu einer SPÖ-FPÖ-Regierung.

Was Regierungsbeteiligungen angeht, haben wir Erfahrungen mit der FPÖ auf Bundesebene zweimal und auf Länderebene, nämlich auf Bundesebene von 1983 bis 1987 und 2000 bis 2007. Die erste Phase - 1983 bis 1987 - war die liberalere Phase der FPÖ. Das hat dann dazu geführt, dass Jörg Haider den damaligen Parteiobman Norbert Steger abgelöst hat, weil die FPÖ in den Umfragen mehr und mehr marginalisiert schien. Jörg Haider hat dann - von Steger ist das als Putsch der Killer-Nazis bezeichnet worden - ungestraft mehr oder weniger das Ruder herumgerissen und die Obmannschaft übernommen.

Auf regionaler Ebene gibt es das Beispiel des Burgenlandes. Da muss man vielleicht hinzusagen: In Österreich haben wir auf regionaler Ebene, also in sehr vielen neuen Bundesländern lange Zeit das sogenannte Proporzprinzip gehabt: Jede Partei, die zu einer bestimmten Stärke im Landtag vertreten ist, sitzt automatisch auch in der Landesregierung. Dieses Proporzprinzip ist zunehmend abgeschafft worden. Jetzt haben wir nur mehr Wien, Niederösterreich und Kärnten. In Kärnten wird es in absehbarer Zeit auch abgeschafft werden. Das heißt, wir haben in den meisten Bundesländern das Majoritätsprinzip. Auch deswegen ist das Burgenland jetzt interessant geworden, weil im Burgenland eine Koalition notwendig war.

Auf regionaler Ebene ein zweites Beispiel: Vorarlberg. In Vorarlberg war die FPÖ traditionell immer relativ stark, allerdings eine eher liberale Version der FPÖ. Die FPÖ hat von ihren Wurzeln her einerseits immer einen Liberalen Zug und dann den deutsch-nationalen Zug gehabt. Von dem Liberalen ist nichts mehr zu merken, das ist seit langer Zeit vorbei. Aber in Vorarlberg waren sie lange Zeit liberaler, und dort

waren sie trotz Majoritätsprinzip in der Regierung. Das ist aber eine andere Geschichte, die jetzt nicht so wichtig ist.

Wie sind jetzt die grundsätzlichen Erfahrungen mit der Regierungsbeteiligung, wenn man sich die Bundesebene anschaut? Zunächst einmal: katastrophales Scheitern 1983 bis 1987. 1986 hat Franz Vranitzky, der damalige Bundeskanzler, die Koalition aufgekündigt, nachdem die FPÖ diesen Obmannwechsel durchgesetzt hat. Jörg Haider kommt in der FPÖ an die Macht und zieht dann diesen Kurs in der Opposition durch.

Die zweite Erfahrung auf Bundesebene ab 2000: Zunächst einmal die Implosion der FPÖ. Das heißt, 2002 kommt es zu dieser Implosion der Partei von Knittelfeld, wo die oppositionellen Kräfte in der Partei die Regierungsmannschaft mehr oder weniger stürzen. Die FPÖ sinkt auch bei den nachfolgenden Wahlen von 2002 dramatisch in der Wählergunst. Insgesamt ist auch dieses zweite Experiment misslungen.

Die FPÖ hatte 2000 unter anderem ein Problem: Sie hat den Spagat zwischen Regierung und Opposition nicht geschafft. Das hätte auch durchaus ein strategisches Spiel sein können, das sie aber nicht geschafft hat. Zweiter Punkt: Sie hat kaum ministrables Personal gehabt. Die Fluktuation in der FPÖ-Regierungsmannschaft in diesen ersten Jahren nach dem 4. Februar 2000 war sehr groß. Es hat sich gezeigt, sie haben zu wenig Personal. Auch das hat Gründe, dass die FPÖ nach dieser fünfzehnjährigen Erfolgsgeschichte kein Personal hat, das ministrabel wäre.

Was wir nach wie vor spüren sind die „Nachwehen“ dieser Regierungsbeteiligung. Zurzeit läuft wieder ein Prozess gegen ehemalige Akteure in diesem ganzen Dunstkreis um Privatisierungen und anderes. Das ist noch lange nicht ausgestanden.

Auf regionaler Ebene gab es noch ein Beispiel: Kärnten. In Kärnten gab es 1989 bis 91 einen Landeshauptmann Jörg Haider und von 1999 bis 2008 einen Landeshauptmann Jörg Haider, von 2008 bis 2013 dann Dörfler vom BZÖ oder FPÖ oder woher auch immer; manchmal haben sie selber nicht gewusst, wo sie gerade dazugehören. An dem Kärntener Beispiel knabbern wir noch lange. Hypo Alpe Adria ist vielleicht nicht nur in Bayern ein Begriff, sondern auch nördlichen Gegenden Deutschlands, und ich vermute, dass uns die Hypo Alpe Adria als Österreicher wesentlich mehr kostet als Griechenland. Das ist auf jeden Fall ein Erbe, das uns da von einem mehr oder weniger absolutistisch-neofeudal agierenden Konsortium in Kärnten hinterlassen wurde, das die Bürger zu Bittstellern, zu Leuten gemacht hat, die zu den Adligen pilgern und dort Almosen empfangen.

Das führt mich zu der Frage: Wie damit umgehen? Wie sollen Parteien, wie sollen Parlamente damit umgehen? Ich sehe bei Parteien zunächst einmal zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit wäre, sich zu positionieren oder Stellung zu beziehen oder Problembewusstsein zu entwickeln, was Sie vorher gerade angesprochen haben. Gerade beim Thema Migration sehe ich, dass dieses Problembewusstsein in Österreich seit Jahrzehnten nicht vorhanden ist. Das ist ein Thema, das seit Jahrzehnten nicht angegangen wurde, weil es für unwichtig erachtet worden ist. Dementsprechend gibt es jetzt Probleme.

Ein Beispiel dazu: In den Achtzigerjahren gab es eine Untersuchung vom Institut für Höhere Studien in Wien über Migration. Da gab es einen Forderungskatalog. Sechs Bereiche sind angesprochen worden. Ich behaupte einmal: Wenn drei von diesen angegangen worden wären, hätten wir jetzt einige Probleme weniger. Sie sind aber nicht angegangen worden. Ich würde schon so etwas wie ein Problembewusstsein erwarten, irgendwann einmal zu starten und dann auch Lösungsansätze zu kommunizieren. Das wäre die eine Variante. Die andere Variante wäre: Imitieren und Kopieren. Diese Variante hat sich bisher nicht bewährt. Das heißt, dieses Nachmachen, postwendend, wenn die FPÖ wieder einmal zulegt, auf den xenophoben Zug aufzuspringen, bewährt sich für die etablierten Parteien ÖVP und SPÖ nicht. Wenn sie so agieren, verlieren sie auf beiden Seiten, einerseits an die

FPÖ, andererseits an die Grünen, und das ist ein Vorrang, den sie schon seit den Neunzigerjahren haben könnten. Diese zweite Variante ist bis jetzt in Österreich auf jeden Fall nicht geglückt.

Wenn wir uns die Parlamente in ihrer Regierungsbildungsfunktion anschauen, sehen wir, dass es wiederum zwei Möglichkeiten gibt: Zum einen das Einbinden in Regierungsverantwortung. Der Vorteil: Diese Parteien reiben sich auf. Der Nachteil: Wir haben lange daran zu knabbern. Das heißt, das ist ein Aufwiegen von Vor- und Nachteilen. Mit der österreichischen Erfahrung bin ich eher skeptisch bei einer neuerlichen Einbindung. Das könnte uns irgendwann einmal zu teuer werden, eine solche Partei in die Regierung holen zu wollen.

Zu der Vermutung, dass man diese Parteien domestizieren könne: Das geht vielleicht kurzfristig, aber wie man am Beispiel FPÖ sieht, nicht langfristig. Die FDP ist wieder auf dem Weg zu ihrer Stärke aus den Neunzigerjahren. Das heißt, wenn jemand vermutet hat, Wolfgang Schüssel hätte die FPÖ domestiziert, dann war das eine sehr, sehr kurzfristige Erscheinung.

Zweite Variante: Court Sanitaire (?) - damit zumindest der Schaden nicht größer wird. Das wäre auf jeden Fall der Überlegung wert. Wenn wir uns das Beispiel Österreich noch einmal anschauen: Die Einbindung ist bisher gescheitert und auf die Positionierung der anderen Parteien warten wir noch. Sie ist noch nicht wirklich durchgedrungen. Generell geht es auch um die Frage, wie man rechtspopulistische Parteien in die Verantwortung einbeziehen soll oder kann. Aber wesentlicher scheint mir schon die Frage zu sein, wie die anderen Parteien agieren könnten, um die rechtspopulistischen Parteien wieder kleiner zu machen. Es ist aus meiner Sicht kein Naturgesetz, dass diese Parteien ständig zulegen.

(Beifall)

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Vielen Dank, Herr Gärtner. Wenn es an Ihren Bemerkungen etwas Positives gibt, dann das: Wenn die Hypo Alpe Adria viel Geld kostet, dann muss dieses Geld wieder nach Bayern fließen. Aber ansonsten sind Ihre Erfahrungen natürlich nicht ermutigend.

Sie haben alle drei darauf aufmerksam gemacht, dass in der Modernisierung, Globalisierung, in der Stärke der Finanzmärkte, in Wertewandelprozessen und vor allen Dingen in einer gesteigerten Mobilität der Wählerschaft, gesellschaftliche Individualisierung und Differenzierung - die Wähler sind heute nicht mehr als Arbeiter, Angestellte, Katholiken, Protestanten usw. anzusprechen, sondern ihr Lebensstil und Lebensgefühl -, dass in diesen Entwicklungen wesentliche Momente der Popularität der populistischen Parteien liegen, von den kruden Tatsachen ganz abgesehen. Das ist etwas, was wir auch im Gedächtnis behalten müssen: Die Gesellschaft ist einfach komplizierter und differenzierter geworden, und sie muss eben auch angesprochen werden.

Sie werden nicht das Bedürfnis haben, noch aufeinander einzugehen, bzw. ich schlage jetzt vor, dass Sie dieses Bedürfnis nicht haben, damit wir die Chance haben, aus dem Publikum noch die eine oder andere Frage zu hören. Herr Kammermeier, bitte.

Herr Kammermeier: Ich habe nur eine kurze Frage an Herrn Professor Gärtner: Sie haben nichts zu Frank Stronach und seinem Team gesagt. Gehört er nicht auch zum Bereich Populismus in Österreich?

Prof. Dr. Reinhold Gärtner: Frank Stronach ist ein eigenes Kapitel. Populistisch? - Ja, sehr wohl. Rechtspopulistisch? - Jein. Es ist einfach eine derart wirre Chaospartei, die eigentlich schon wieder Geschichte ist: Für die EU, teilweise für den Euro, ja, aber ein nationaler Euro. - Ich weiß nicht, wie das funktionieren soll. - Für Ausländer, also gegen Ausländer tritt er nicht so ein, sonst aber sehr, sehr

stark für irgendwelche Dinge, zum Beispiel für die Todesstrafe für Berufskiller, wie er das genannt hat. Es ist ein wirrer Haufen. Frank Stronach braucht man nur öffentlich auftreten zu lassen, dann braucht man gar nichts mehr zu tun, nur zuschauen, wie die Partei wieder vergeht. Das ist eher schon traurig, ist nicht mehr belustigend.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Das ist ja ein Beispiel dafür, dass man sich Zustimmung auch kaufen kann. - Herr Diederich.

Prof. Dr. Nils Diederich: Ich danke den Referenten. Herr Decker hat versucht, sozusagen die populistischen Parteien unter einem gemeinsamen Gesichtspunkt zu betrachten. Ich denke, dass das nur bis zu einem gewissen Grade möglich ist, weil wir zwei unterschiedliche Dinge haben. Wir haben die strukturellen Bedingungen, die durch die Verfassungslage in den einzelnen Ländern gegeben sind, und wir haben die soziologischen Grundlagen oder Ursachen für die Entstehung solcher Bewegungen. Der Erfolg hängt eben von beidem ab. Er hängt davon ab, dass eine Basis mobilisiert werden kann, aber auch davon, dass die Verfassungsklage es möglich macht, dass sich solche Gruppen dann entsprechend artikulieren können. Wenn man da die Niederlande, Dänemark, Großbritannien, Frankreich und Deutschland vergleicht, sieht man, dass schon die Verfassungsklage ganz unterschiedliche Voraussetzungen hat.

Wenn in Frankreich das deutsche Proportionalwahlrecht gelten würde, wäre die Front National schon seit zwei Jahrzehnten eine normal im Parlament vertretene Partei und Organisation. Die Frage, die ich eigentlich an alle drei Referenten habe: Was sind die soziologisch analysierbaren Ursachen dieser Entwicklung?

Frau Le Gloannec hat, glaube ich, einen Punkt angesprochen, der ganz wichtig ist. Sie hat gesagt, die traditionellen Sozialstrukturen haben sich gewandelt. - Die Bindung etwa der Arbeiterklasse an bestimmte Parteien oder eines katholischen Publikums an bestimmte Parteien des Mittelstandes ist eigentlich verloren gegangen,

hat sich aufgelöst. Die Ursachen sind sicherlich im ökonomischen Bereich mit dem Einbruch der Konsumgesellschaft zu sehen.

Die Frage ist: Woran orientieren sich die Menschen heute eigentlich? Ich meine, auch Herr Oberreuter hat das mit der Frage der Wahlbeteiligung angesprochen. Es zeigt sich, dass sich sehr viele Leute von Politik überhaupt nicht mehr betroffen fühlen. Und ich finde es übrigens Fax, wenn in bestimmten Parteien diskutiert wird, ob man nicht in Supermärkten eine ganze Woche ein Wahllokal offen halten soll. Das ist etwas, was neben der Problemlösung liegt und nur ablenkt. Das ist die Frage, mit der wir uns beschäftigen müssen. Frau Le Gloannec hat auch darauf hingewiesen, dass sich die Parteien loslösen aus dem sozialen Zusammenhang in der Bevölkerung. Die Frage an alle drei Referenten: Wie kann das wiederhergestellt werden? Können wir da aus wissenschaftlicher Sicht den Parteien Hinweise geben, was sie tun müssen, um da wieder Land zu gewinnen?

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Das ist ein Hauptproblem der gegenwärtigen politischen Situation. Ich habe den Eindruck, die Parteien erkennen die gesellschaftliche Herausforderung nicht, weil sie - Sie haben das sehr deutlich gemacht - alten Kriterien oft verhaftet bleiben. Aber Sie sind gefragt. Ich glaube, es ist auch relativ viel dazu gesagt worden.

Prof. Dr. Anne-Marie Le Gloannec: Ich wollte auf etwas aufmerksam machen. Sie haben völlig recht, wenn Sie darauf hinweisen, dass die ökonomischen und sozialen Umstände in den verschiedenen Ländern ganz anders sind, obwohl wir mit relativ ähnlichen Problemen zu tun haben, obwohl die unterschiedlichen populistischen Parteien nicht ganz gleich sind und die Wahlsysteme ebenfalls nicht.

Etwas, wozu ich aufgrund der knappen Zeit nicht gesprochen habe: Verheerend in Frankreich ist der Verlust, die aufgelöste Bindung zwischen Parteien und Menschen, die Loslösung der Parteien von den Menschen. Das hängt mit den ökonomischen

Fakten zusammen, wie Sie feststellen werden, wenn Sie durch Frankreich reisen und sich erkundigen. Ich war vor einiger Zeit in Caen. Als ich Kind war, habe ich im Geographieunterricht gelernt, dass dies eine Industriestadt war: Kohle, Stahlindustrie, Renault, die Lieferanten von Renault. Es gibt dort nichts mehr davon. Wovon lebt Caen? Vom Tourismus, von den Sehenswürdigkeiten, beispielsweise von dem Schloss von Mathilde und William the Conqueror. Das ist sehr schön. Der Zentralstaat und die Region reduzieren Caen aber darauf. Das ist nicht nur in diesem Fall so. Toulouse ist jetzt viel im Gespräch, wo der radikale Islam blüht. Wir haben also ein furchtbares Problem, weil wir Franzosen es seit 30 Jahren nicht verstehen, dass der Mittelstand das Rückgrat der Wirtschaft und der Demokratie ist. Das haben wir nicht geschafft, und das ist ein großes Problem. Das ist der größte Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich, dieser Mangel an Verständnis in Frankreich für die Realität des Mittelstandes. Das ist leider weg. Ich war am Ende meiner Rede positiver gestimmt, jetzt bin ich es nicht mehr so sehr.

Politik bzw. Partei als Beruf: Das ist etwas, worüber in all unseren Ländern ernsthaft gesprochen werden sollte, denn da ist irgendwo die Bindung verloren gegangen, weil man vielleicht nicht genügend Zeit hat, weil die Männer und Frauen vielleicht geglaubt haben, das mache man so. Ich meine, das ist ein großes Thema für uns alle in Europa. Es wäre sehr wichtig, darüber nachzudenken.

Eine Fußnote zur Wahlbeteiligung: Orbán ist mit weniger als 50 Prozent der Stimmen gewählt worden. Damit kann man sich trösten; er hat also nicht die Mehrheit der Ungarn hinter sich, weil die Wahlbeteiligung einfach zu gering war. Ganz Ungarn ist - Gott sei Dank - nicht Orbán.

Prof. Dr. Frank Decker: Ich knüpfe an die drei Ebenen an, die ich zu unterscheiden versucht habe. Sie haben nach soziologischen Kategorien gefragt. Es gibt einen Begriff, der in der Forschung verwendet wird. Ich glaube auch, dass er auch für empirische Forschungen anschlussfähig ist. Das ist der Begriff der

Modernisierungsverlierer, bezogen auf die Wählerschaft dieser Parteien. Das wäre sozusagen ein auch übergreifender Begriff.

Sie haben zu Recht auch auf die ganz unterschiedlichen nationalen Bedingungen hingewiesen. Warum ist der Begriff analytisch hilfreich? Zum einen, weil er diese beiden Ebenen adressiert, die ich zu unterscheiden versucht habe: die ökonomische Ebene - das würden wir vielleicht sogar als Erstes mit Modernisierung assoziieren. Aber Modernisierung ist auch ein kultureller Begriff. Da geht es dann eben darum, dass sich bestimmte Teile der Gesellschaft von dem Modernisierungstempo, von einem Wandel der Gesellschaft überfordert fühlen. Sie sehen nicht, dass der Staat sie in diesen Modernisierungsprozessen schützend begleitet.

Sicherheit im Wandel ist ein sehr schöner Wahlslogan, aber der Wandel wird da immer größer geschrieben als die Sicherheit. Der andere Teil des Begriffs, der Verliererbegriff, ist eigentlich analytisch auch interessant, weil Verlierer nicht unbedingt bedeutet, dass man in objektivem Sinne verliert, also zum Beispiel Wohlstandsverluste erleidet. Wir sehen zum Beispiel bei der Wählerschaft der populistischen Parteien: Die kommen nicht unbedingt aus den ganz prekären Verhältnissen, aus den Unterschichten, sondern das sind eher die Mittelschichten. Ich glaube, in Frankreich sind es ganz stark die Wähler, die auf dem Land, also nicht in den urbanen Zentren leben, und das sind eben Menschen, die fürchten, dass sie einen Abstieg erleiden. Oder sie fürchten das für ihre Nachkommen, denen es dann nicht mehr so gut geht, die nicht mehr so gute Chancen haben werden. Das zu sehen ist ganz wichtig. Mir wird es auch bei der Beschäftigung immer deutlicher. Ich bin da auch nicht ganz so optimistisch wie Sie.

Wenn man heute historisch auf die Nachkriegszeit, die ersten drei Nachkriegsjahrzehnte zurückblickt, wird doch immer deutlicher: Diese drei Jahrzehnte sind eine goldene Ära nicht nur des Wachstums, des Aufbaus des Wohlfahrtsstaates, sondern auch der Demokratie gewesen, des Friedens auch in dieser merkwürdigen Konstellation des Ost-West-Konflikts. Aber die Konflikte sind im

Grunde erst danach ausgebrochen: Bürgerkriege in Europa, in Jugoslawien. Wir hatten vielleicht 1989 noch die Illusion, die Hoffnung, dass es im Grunde noch stabiler, noch besser werden wird. Aber genau das Gegenteil ist eingetreten. Wir sind heute wirtschaftlich in Situationen, wo es diese hohen Wachstumsraten nicht mehr gibt, wo die Wohlfahrtsstaaten nicht weiter ausgebaut werden, sondern sie müssen umgebaut und zum Teil zurückgebaut werden. Das sind Prozesse, die Verlierer in der Gesellschaft produzieren. Und warum sollten sich die Verlierer dann an die Parteien halten, die diese Prozesse als Regierende zu verantworten haben? Das hat auch die Sozialdemokratie schmerzhaft erleben müssen. Ich glaube, wir werden uns mit dieser Grundkonstellation auch weiterhin abfinden müssen.

Noch kurz zu der dritten Dimension, der politischen, also zur Entfremdung von den politischen Parteien: Die Parteien versuchen ja Organisationsreformen. Organisationsreformen können aber das politische Angebot nicht ersetzen, und dieses politische Angebot muss meines Erachtens darin bestehen, wieder mehr sozialen Zusammenhalt zu organisieren, auch über wohlfahrtsstaatliche Politik. Das wäre auch ein Thema für die Sozialdemokratie. Das Bedürfnis der Menschen nach kultureller Zugehörigkeit und Identität ist auch ein Thema für die Sozialdemokratie. Siegmund Gabriel versucht es jetzt aufzugreifen.

Das zweite Stichwort wäre „Regulierung des Kapitalismus“. Das sehen die Menschen ganz richtig. Ich glaube, in Frankreich wird es noch sehr viel stärker wahrgenommen, dass das national in der globalisierten Ökonomie nicht mehr funktioniert. Die Antwort kann doch nur eine europäische sein. Wir haben in Europa schon Institutionen geschaffen, die das dann eigentlich leisten müssen. Aber wir sehen ja, wie mühsam es selbst in einem Fall wie Griechenland ist, das ja ökonomisch im europäischen oder gar im weltweiten Rahmen doch eine zu vernachlässigende Größe ist. Dennoch sind die europäischen Institutionen nicht in der Lage, diese Krise in den Griff zu bekommen.

Letzter Punkt: Organisationsreformen der Parteien: Ich glaube, es wäre für die Parteien wichtig, sich in Richtung der Gesellschaft, der Zivilgesellschaft zu öffnen. Auch da hat man am Beispiel der SPD gesehen: Die Führung ist da durchaus flexibel, für sie ist das auch eine Möglichkeit, ihren eigenen Aktionsradius zu erweitern. Aber die Funktionäre und auch die Mitgliederbasis spielen da nicht unbedingt mit. Ich glaube, dass es dazu keine wirkliche Alternative gibt.

Sie haben völlig Recht: Vielleicht sind die Voraussetzungen in Deutschland besser. Umgekehrt gibt es in Frankreich Organisationselemente, zum Beispiel, dass man die Spitzenkandidaten in Vorwahlen direkt wählen kann. Solche Öffnungselemente haben wir hier nicht. Vielleicht hätte das Peer Steinbrück als Kanzlerkandidaten verhindern können.

Also man darf sich keine Illusionen machen: Institutionelle Reformen oder Organisationsreformen in den Parteien ersetzen nicht das gute Regieren, und darauf kommt es an.

Prof. Dr. Anne-Marie Le Gloannec: Nur ganz kurz zu dem wichtigen Thema der Öffnung der Parteien: Da wäre vielleicht auch in Richtung Verbindung mit Organisationen der Gesellschaft zu denken.

Was zurzeit als Entwicklung in Frankreich sehr interessant ist, ist die Tatsache, dass sich Bürger zusammenschließen gegen gewisse - nicht Politiker - Inhaber von hohen Ämtern, die ihre hohen Ämter für sich selbst ausnutzen. Die Bürger sind viel stärker als früher.

Prof. Dr. Reinhold Gärtner: Zu dem angesprochenen Punkt hatte ich schon die Lagerstruktur von Österreich erwähnt. Das Aufbrechen dieser drei Lager macht sehr viel möglich am Wählermarkt, auch Ende der Achtziger und Anfang der Neunzigerjahre. Mittlerweile sind die Lager de facto nicht mehr existent. Das heißt,

die Konsensdemokratie war in Österreich so erfolgreich, dass sie sich überflüssig gemacht hat.

Den zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben, möchte ich auch unterstreichen: Modernisierungsverlierer einerseits, Wohlstandschauvinismus andererseits. Beides spielt eine Rolle; darauf möchte ich jetzt nicht näher eingehen. Was ich schon noch sehe, ist die negative Emotionalisierung, mit der man sehr viel Stimmen gewinnen kann. Auf diesem Klavier spielen all die Akteure sehr, sehr gut. Das heißt, dieses Immer-gegen-etwas-Sein, dieses Polarisieren von einer Reihe von Wahlsprüchen, die Sie sicherlich kennen, dieses negative Emotionalisieren ist sicher auch ein Punkt, mit dem man offensichtlich gewinnen kann.

Ein Problem sehe ich auch in der Frage der Integration. Lange Zeit wurde nicht diskutiert, was Integration eigentlich sein kann, sein muss oder sein könnte. Diese Integration hat zwei Aspekte, einerseits: Was muss die Aufnahmegesellschaft leisten? Was muss die Zuwanderungsgesellschaft leisten? Beide müssen Unterschiedliches leisten, aber beide müssen etwas tun und nicht nur die eine Gruppe. Darüber könnten wir noch lange diskutieren.

Zu den Fehlern der Vergangenheit nur ein Beispiel: 1975 gibt es in Schweden und in Österreich ebenfalls Migration. In Schweden geht man bei der Gesetzgebung davon aus, dass diese Menschen eventuell in Schweden bleiben. Es werden 240 Stunden Schwedischunterricht gratis verordnet. In Österreich geht man davon aus, dass diese Menschen wieder gehen. Deswegen macht man das Ausländer-BG, dass das Rotationsmodell festschreibt. Das sind zwei völlig unterschiedliche Ansätze. Die führen in eine bestimmte Richtung, und die Ergebnisse sehen wir dann deutlich später.

Die Frage ist durchaus spannend, warum jetzt der Islam oder der Islamismus mehr Thema ist als in den 60-er oder 70-er Jahren. Es hat bestimmte Gründe, warum das jetzt stärker in der Diskussion ist.

Was die Ausführungen zur Demokratisierung betrifft, würde ich Ihnen zustimmen: Die ersten Jahrzehnte nach dem Nationalsozialismus, aber auch später nimmt die Demokratie generell zu. Wenn ich mir Europa anschau, stelle ich fest: Bis in die 70-er Jahre Portugal, Spanien, die werden dann demokratisch. Griechenland nach der Militärdiktatur, nach der Transformation all die - mittlerweile - EU-Mitglieder, diese zehn neuen Staaten 2004 und, und, und. Das heißt, insgesamt ist dies eine Erfolgsgeschichte. Weltweit nimmt Demokratie zu. Wir haben im Jahr 2015 mehr Länder, die demokratischen Standards entsprechen, als wir 1960 oder 1970 hatten.

Zur Wahlbeteiligung: Dramatisch sehe ich es bei den Ergebnissen zum Europäischen Parlament in der Slowakei oder in Tschechien. Spätestens dann, wenn nur 13 oder 18 % zur Wahl gehen, müssen die Alarmglocken läuten.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Vielleicht schon ein bisschen eher. - Bitte.

Joachim Welz: Ist der Populismus eine Frage des Spektrums oder der Methode? Wenn ich mir die politischen Parteien aufgereiht und sortiert nach ihrer Richtung vorstelle, können wir dann sagen: Ab einer bestimmten Entfernung von der Mitte sind sie populistisch? Oder ist das eine Frage des Vorgehens, sodass es bei „anständigen“ Parteien durchaus Populismus und populistische Richtungen geben könnte?

Ein Zweites: Wir gehen alle quasi automatisch davon aus, Populismus ist etwas Schlimmes. Jetzt gehört aber zur Demokratie ein gewisses Meinungs- und Bestätigungsspektrum. Nun also die Frage: Sind da die Populisten die Schlimmen

und die Bösen, oder ist das eigentliche Problem, dass die etablierten Parteien die Probleme nicht erkennen, nicht besetzen und nicht lösen?

Prof. Dr. Frank Decker: Die Frage ist sehr interessant: Ab wann wird eine Partei zu einer populistischen Partei? Sie haben völlig Recht, dass es auch in den anderen Parteien Beimischungen des Populismus gibt. Ich hatte die bayerische CSU schon als einen interessanten Fall genannt. Ich würde die CSU nicht als eine rechtspopulistische Partei bezeichnen, aber dort spielen auch Elemente der populistischen Wähleransprache, aber auch bestimmte inhaltliche Versatzstücke - das, was ich als populistische Ideologie bezeichnet habe - eine Rolle.

Die etablierten Parteien: Natürlich lässt sich sehr leicht sagen, dass die etablierten Parteien bestimmte Probleme vernachlässigt haben. Ich habe aber eben darauf hingewiesen, und ich glaube, Sie haben es auch gesagt: Die etablierten Parteien können heute bestimmte Probleme in dem ihnen zur Verfügung stehenden Rahmen der nationalstaatlichen Politik gar nicht mehr adressieren. Wir haben ja die paradoxe Situation, dass die Demokratie - die Parteien als Träger des Parteienwettbewerbs sind die zentralen Institutionen der Demokratie - bis auf Weiteres eine rein nationalstaatliche Veranstaltung bleibt, die tatsächlichen Problemlösungen aber längst auf anderen Ebenen stattfinden müssen. Insofern wäre es wohlfeil, den Parteien vorzuwerfen, dass sie dort bestimmte Probleme nicht anprangern. Und dann sind Parteien natürlich immer in einem Dilemma: Sie wollen auf der einen Seite regieren, sie wollen auch Ämter besetzen; das verbindet sich ja mit dem Regieren. Auf der anderen Seite wollen sie auch Wahlen gewinnen. Und wenn man Wahlen gewinnen will, ist es vielleicht ganz hilfreich, auch über bestimmte Probleme hinwegzutäuschen oder bestimmte Dinge zu beschönigen. Man spricht dann in der strategischen Analyse immer von Gewinner- oder Verliererthemen, und die Letzteren sind dann eben solche, die man in Wahlkämpfen am besten nicht anspricht. Das ist im Grunde ein der Demokratie immanentes Problem.

Wie könnte man das lösen? Man könnte es zum Beispiel dadurch lösen, dass man die Politik stärker verrechtlicht. Das heißt, man entzieht dann im Grunde bestimmte Themen von vornherein dem politischen Wettbewerb. Damit handeln wir uns aber ein neues Problem ein. Das alles ist also bei Lichte betrachtet gar nicht so leicht in den Griff zu bekommen. Deshalb noch einmal der Hinweis: Wir werden uns auch in den kommenden Jahrzehnten ein Stück weit auf diese Situation einzustellen haben.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Ja, vielen Dank. Es ist schon ein Problem: Was ist populär, was ist populistisch? Ich erinnere mich an Jürgen Habermas, der die Zustände in der Bundesrepublik unter der gegenwärtigen Kanzlerin schon vor zwei Jahren als „demoskopiegeleiteten Opportunismus“ charakterisiert hat. Ich glaube nicht, dass man eine Demokratie ohne demoskopiegeleiteten Opportunismus regieren kann. Die Frage ist: In welchem Grad tut man das? Wo fängt es an, sozusagen zu stinken, Grenzen der Nützlichkeit und Legitimität zu überschreiten?

Ich halte es auch für problematisch, wenn ein Ministerpräsident sagt, er regiere in einer Koalition mit dem Volk. Nach all dem, was ich weiß, ist die parlamentarische Demokratie eine Koalition mit dem Volk. Also hier werden in der Tat Unklarheit auch aus opportunistischen Gründen formuliert.

Sie haben in Ihren Analysen einige Ansätze geliefert, wo man Populismus als kritikbedürftiges Phänomen festmachen kann. Das war bei Ihnen die gegen die Eliten gerichtete Mehrheitsanmaßung ohne adäquate Problemlösungsstrategien, und ich füge noch Verantwortlichkeit hinzu. Das wäre ein Phänomen, das in allen drei Berichten deutlich zum Ausdruck gekommen ist.

Ich fühlte mich unwohl, wenn wir von hinnen gingen und nicht in gewisser Weise Populismus und populäres Regieren voneinander abgrenzen könnten. Wie schwer das ist, ist mir schon klar. Bayerische Ministerpräsidenten - gut, die Maut ist ein

Problem - in die populistische Ecke zu schieben halte ich schon für problematisch. Gut, das haben Sie nicht gemacht. Es geht mir jetzt darum, den Begriff zu kriegen

(Zuruf: Interessanterweise hat er die CSU genannt, aber nicht die Linke!)

- Hat er doch. Ja. Ist okay. - Entschuldigung, das ist nicht meine Aufgabe. - Nun erhält der junge Mann dort das Wort.

Keno Franke: Einige Dinge wurden schon angesprochen. Ich finde es interessant, etwas mehr in Richtung Europa zu gucken. Vor allen Dingen: Wenn ich richtig gerechnet habe, hat es gerade die europäische Linke, was ich sehr interessant finde, seit 2008, seit Ausbruch der Krise nie geschafft, diese Verteilungskrise für sich zu nutzen, sondern da ist viel mehr Rechtspopulismus aufgekommen.

Was die Staats- und Regierungschefs in Europa angeht, sind sie 9 : 16 gegen die Konservativen, wenn man es so nennen möchte, unterlegen. Ich habe dann überlegt: Was sind Strategien für eine europäische Linke in den nächsten Jahren? Ich habe das Gefühl, dass in den verschiedenen Ländern eher der Rechtspopulismus aufkommt. Mich würde interessieren, ob Sie da eine Einschätzung abgeben können.

Darüber hinaus finde ich es schade, dass wir keine Zeit haben, über die Metasprache zu reden, denn das finde ich sehr interessant: wie die Kommunikation transnational stattfinden und da eventuell ein anderer Sprachduktus gefunden werden kann.

Prof. Dr. Nikolaus Werz: Was den Populismus angeht, ist Deutschland immer noch das stille Zentrum im Gewitter. Ich glaube, das machen wir uns nicht ausreichend klar.

Ich hatte letzte Woche den Kollegen Kuperus aus Holland zu Gast. Er hat auch noch einmal darauf hingewiesen, dass es in Holland schon eine linkspopulistische Partei gibt, die stärker als die Sozialdemokratie ist. In Frankreich gibt es auch linkspopulistische Tendenzen. In Griechenland haben wir die interessante Konstellation, dass wir Nationalpopulismus haben. In Spanien haben von Podemos mitgetragene Koalitionen vor zwei Wochen die drei größten Städte übernommen. Ich möchte die Veränderungen, die daraus hervorgehen, am Beispiel von Podemos in zwei Punkten skizzieren:

Der erste Punkt: Generationenwechsel. Herr Decker, da kommt ein ganz anderer Populismus als der - zumindest von der Begründung her -, den Sie drei hier geschildert haben. Die sind so alt wie Tsipras. Tsipras schreibt auch das Vorwort im letzten Buch von Pablo Iglesias. Die kommen aus dem Twitterbereich, die haben eigene Sendungen im Fernsehen, die waren in ihrer Jugend Marxisten. Pablo Iglesias ist in der Sommerfrische auf Kuba. Das ist ein ganz anderer Strang. Pablo Iglesias schreibt seine Doktorarbeit über die Antiglobalisierungsbewegung. Da kommt etwas hinein, was bei uns ja immer noch als Antipopulismus-Tabu gilt. Herr Struck (?) ist ja harmlos im Diskurs gegenüber dem, was in Europa im Angebot ist. Also darauf müssen wir den Blick noch genauer richten und natürlich das berücksichtigen, was der Kommilitone eben gesagt hat: die Auswirkungen der Finanzkrise von 2007, denn die sind in den Südländern Europas praktisch ein Grenzpunkt, und es wird dort auch ganz anderes über Europa diskutiert als bei uns. Und es werden andere Autoren gelesen, zum Beispiel Wolfgang Streeck, der bei uns keine Rolle spielt, aber genau das Thema aufbringt, das Sie eben angesprochen haben, Herr Decker, nämlich das Spannungsverhältnis Parteien - Nationalstaaten - Europa.

Wir glauben, die Griechenland-Geschichte nur unter Finanzaspekten diskutieren zu können. Das ist ganz falsch. Da geht es um Identität, um Unter-, Überordnung, um Würde. Wenn wir das nicht zur Kenntnis nehmen, begreifen wir das nicht. Das war der erste Punkt.

Der zweite geht eigentlich auch in die Richtung. Ich las auf dem Hinweg das Buch von Loris Zanatta „Il Populismo“, es ist von 2014; ich habe die spanische Ausgabe. Er hat einen sehr weiten Populismusbegriff, nicht methodisch so ordentlich, wie das in Deutschland der Fall ist. Aber er sagt: Im Grunde ist das vielleicht aus der mexikanischen Revolution. Mussolini, Castro - die fangen alle als Populisten an. Was dann aus denen wird, ist etwas anderes. Aber dahinter steckt eben eine fundamentale Kritik an der repräsentativen Demokratie, und das müssen wir ernst nehmen.

Ich sehe das auch ein bisschen anders als Sie, Herr Oberreuter, es dargestellt haben. Die wollen ja gar nicht kompliziert sein, sondern die vereinfachen. Pablo Iglesias und andere sind Links-Schmittianer - Karl Schmitt, der von uns ordentlichen Sozialdemokraten in den Giftschrack gestellt wurde, weil die Jugend das nicht lesen soll. Aber die arbeiten mit der Methode von Karl Schmitt, weil sie funktioniert. Sie ist ganz einfach: Sie arbeiten mit Laclau, mit Mouffe, und alles deutet darauf hin, dass das zumindest in Krisenländern zu Ergebnissen führt. Wie nachher die Regierung aussieht, da bin ich bei Herrn Gärtner - wenn man das berücksichtigen kann. Aber sie versuchen, den populistischen Moment zu nutzen, und der ist zumindest in den Südländern gegeben. Wir müssten also von unterschiedlichen Populismen sprechen, und wir müssen auch die Herausforderungen für die repräsentative Demokratie ernst nehmen.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Ich stimme Ihnen ja zu, dass die einfache Lösungen suchen, nur: Wir brauchen komplizierte Lösungen, so wie die Herausforderungen sind. Das ist das Problem. - Herr Hefty.

Dr. Paul Hefty: Ich habe mich nicht gemeldet, um ein Privatissimum zu Orbán anzubieten, sondern um die traditionellen Parteien ein bisschen in Schutz zu nehmen. Ich behaupte, dass die traditionellen Parteien die umwerfenden Probleme alle erkennen und auch behandeln. Nur - im Unterschied zu dem bisher Gesagten - sind sich die traditionellen Parteien darüber einig, dass diese Probleme

sozusagen unlösbar sind. Über diese Unlösbarkeit zerstreiten sich die Parteien so sehr, dass sie untereinander nicht mehr koalitionsfähig wären, wenn sie sich auf diese Grundprobleme nicht verständigen könnten.

Ich sage Ihnen ein Beispiel: Ein Thema, das heute in derselben Form, aber unter einem anderen Stichwort zutage tritt, ist die Frage der Leitkultur. Sie wurde 2000 von Lammert erfunden. Merz hat dieses Stichwort vorgebracht, und die CDU, die CSU, die SPD, die Grünen und die FDP haben sich darüber maßlos zerstritten. Frau Merkel hat dieses Thema beiseitegeschoben, was unter anderem zum Niedergang von Merz geführt hat, und hat sich damit allerdings die Koalitionsfähigkeit mit der SPD erhalten. Wenn Frau Merkel damals die deutsche Leitkultur ausgerufen hätte, wäre die SPD drei Jahre später nicht in der Lage gewesen, mit der CDU zu koalieren. Da hätte Schröder am Wahlabend recht gehabt. Aber diese großen Themen werden beiseitegeschoben, und nur dadurch sind die traditionellen Parteien untereinander koalitionsfähig oder wollen es sein. Sie sehen ja an den Grünen, dass die auch gern mit der CDU koalieren würden. Bei der Einwanderungsthematik sind die beiden Parteien trotzdem noch weit auseinander, vor allem, wenn man die CDU als Union nimmt und die Grünen als einwanderungsfreundlichere Partei als zum Beispiel die CSU. Es ist also die Frage der Koalitionsfähigkeit, die die traditionellen Parteien bremst und auch anfällig für die vereinfachten Lösungen macht, die die Populisten vortragen.

Herr Klingemann: Ich bin der Meinung, dass die populistischen Parteien doch eine gewisse Funktion in unserem Parteiensystem haben. Frau Le Gloannec hat darauf hingewiesen, dass bestimmte Probleme von den etablierten Parteien nicht aufgegriffen werden - das haben wir bei den Grünen in den Achtzigerjahren gesehen - und, wie Sie gesagt haben, unter den Teppich gekehrt werden. Wenn es die populistischen Parteien nicht gäbe, würden diese Probleme unter dem Teppich liegen bleiben. Man müsste einmal einen Katalog der Probleme aufstellen, die von den populistischen Parteien vorgetragen werden. Ich würde denken, dass darunter viele wirkliche Probleme sind, die den Menschen auf den Nägeln brennen und die nur, weil sie über diese Schiene in den politischen Wettbewerb getragen werden,

wieder Beachtung finden. Das kann im Prinzip zur Stärkung der repräsentativen Demokratie und der Parteien beitragen.

Wenn ich mir die Geschichte ansehe, so stelle ich fest, dass in der Politik die Sache oft so gelaufen ist, dass die Probleme, die aufgebracht worden sind, dann auch tatsächlich von den Regierungen und den etablierten Parteien bearbeitet und verarbeitet worden sind und zum Fortschritt beigetragen haben. Das heißt, man könnte die populistischen Parteien als eine normale Pathologie moderner Gesellschaften ansehen, mit der Funktion, die Probleme, die sonst übersehen würden, mit auf die Agenda zu setzen.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Jetzt bitte ich die Referenten, sich die Themen herauszupicken, die ihnen am besten gefallen.

Prof. Dr. Reinhold Gärtner: Ich möchte mit dem Punkt beginnen, dass die Probleme sehr wohl bewusst, aber unlösbar sind. Ich würde von politischen Parteien auch erwarten, dass sie so etwas wie Langzeitperspektiven entwickeln: Wo wollen wir in zwanzig Jahren, wo wollen wir in dreißig Jahren stehen? Ich weiß, dass das schwierig ist in der Alltagspolitik, trotzdem würde ich das erwarten, zumindest, dass eine Zielperspektive existiert: Wo möchte ich uns haben? Wo möchten Deutschland, Österreich, Europa in zwanzig, dreißig Jahren sein? Das geht mir ein bisschen ab.

Populismus grundsätzlich gut oder böse? Ich glaube nicht, dass das eine Frage von Gut oder Böse ist. Ich würde Populismus schon dort sehen, wo man zunächst einmal eine sehr starke Homogenisierung versucht. Aus meiner Sicht wäre Heterogenität ein Grundprinzip und ein ganz wesentliches Merkmal von Demokratie. Homogenisierung würde in eine andere Richtung gehen. Das heißt, ich polarisiere sehr stark: Es gibt nur mehr das eine oder das andere. Es gibt nur mehr dieses Freund-Feind-Denken, nur mehr Schwarz-Weiß. Da geht es für mich in Richtung Populismus. Und ich als Partei weiß genau, was jetzt „das Volk“ will. Tun wir einmal so, als ob wir wüssten,

was „das Volk“ eigentlich ist, und ich kann das umsetzen, ich erfülle euch eure Wünsche, die ich vorher postuliere. Das wäre für mich ein populistischer Ansatz.

Linkspopulismus: Offensichtlich gibt es zu wenig Vertrauen, zu wenig Glauben an die Lösungskapazität. Es kann sein, dass das in ein paar Jahren anders ist. Bei Griechenland würde ich zunächst einmal meinen, das Experiment ist noch nicht wirklich gelungen. Wir werden sehen, wie das mit Podemos und anderen Parteien weitergeht. Es kann sein, dass wir in ein paar Jahren sagen: Okay, das ist in dem und dem Bereich gelungen. - Bisher sehe ich das noch nicht so ganz.

Zu dem Punkt, den Sie angesprochen haben, die fundamentale Kritik an der repräsentativen Demokratie: Das ist ein ganz wichtiger Punkt, gerade weil auch die direkte Demokratie immer als Gegenkonzept propagiert wird. Da würde ich schon erwarten, dass bitte darauf hingewiesen wird, dass beides notwendig ist: Wir brauchen repräsentative und direkte Demokratie. Das eine ohne das andere geht nicht. Und wie das ausgeprägt ist, ist sehr stark von der politischen Kultur abhängig - Beispiel Schweiz oder Gegenbeispiel Deutschland in Bezug auf direkte Demokratie. Wir brauchen beides. Aber nur zu sagen „Alles, was direkte Demokratie ist, ist eigentlich demokratisch, weil es der Wählerwille ist“, greift für mich deutlich zu kurz. Ich muss dann schon noch sagen: Mehr direkte Demokratie ist für mich nicht automatisch mehr Demokratiequalität. Und mir geht es schon sehr stark um mehr Demokratiequalität.

Prof. Dr. Frank Decker: Vier Punkte kurz in Stichworten: Die Frage nach der linken Strategie. Das Problem liegt schon darin - Habermas hat es eher zustimmend sehr schön ausgedrückt, bezogen auf die Euro-Krise -: Was hier stattfindet, ist eine Umfälschung sozialer Konflikte in nationale Konflikte. - Nationen werden gegeneinander, wenn man so will, aufgehetzt. Da kämpfen linke Parteien auf verlorenem Posten; man muss das so deutlich sagen. Das sehen wir auch an der Schwierigkeit, mit der die SPD sich innerhalb der Großen Koalition von dem Kurs abzugrenzen versucht, den die Unionsparteien eingeschlagen haben. Den linken

Parteien würde man auch nicht unbedingt empfehlen - da ist Lafontaine ein ganz gutes Beispiel -, auf Versatzstücke des Rechtspopulismus zurückzugreifen. Sie erinnern sich an diese Rede mit den Fremdarbeitern. Das war ja eine ganz kalkulierte Äußerung damals von Lafontaine. Es ist auch sehr interessant, dass zum Beispiel jetzt in den Fragen um den Euro - die Frage Austritt aus dem Euro ist ja nicht unbedingt ein linkes oder rechtes Thema; Streeck haben Sie genannt - diese Position auch auf der Linken vertreten wird.

Podemos, da stimme ich zu. Es ist vielleicht auch interessant, auf das Europawahlergebnis zurückzublicken. Da haben wir gesehen, dass die rechtspopulistischen Parteien gerade in den Ländern - vielleicht mit Ausnahme von Ungarn, Ungarn ist auch von der Krise hart getroffen worden - gut abgeschnitten haben, die von der Krise vergleichsweise wenig betroffen waren. Frankreich ist sicherlich ein Sonderfall, musste ja nicht unter den Rettungsschirm, hat aber im Moment schwierige ökonomische Probleme. Und umgekehrt: In den Ländern, die wirklich hart gebeutelt worden sind, haben eher linkspopulistische Parteien - wir haben in Italien die Grillo-Partei, die man gar nicht so zuordnen kann - 25 Prozent bei der Europawahl. Und auch die Mainstream-Sozialdemokraten haben in Italien zugelegt.

Wir in Deutschland haben auch in den Sozialwissenschaften immer die Vorstellung vor Augen, dass der Aufstieg Hitlers in den Dreißigerjahren ein Produkt der sozialen Krise gewesen sei: Die Arbeitslosigkeit hat dem Rechtsextremismus in die Hände gespielt. Wir sehen aber, das stimmt in Europa in dieser Form nicht.

Herr Hefty, große Themen werden beiseitegeschoben. - Ich weiß nicht, ob man das in dieser Absolutheit bezogen auf das Migrationsthema sagen kann. Da hat sich doch in den letzten zehn, fünfzehn Jahren einiges bewegt. Ich sage es ein bisschen plakativ: Die Linken haben sich von der Illusion verabschiedet, die multikulturelle Gesellschaft sei eine Friede-Freude-Eierkuchen-, eine Harmonieveranstaltung. Sie haben sich ehrlich gemacht. Da geht es eben auch darum, Konflikte um die

Anerkennung kultureller Differenzen auszutragen. Und die Konservativen haben sich von der Illusion freigemacht, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Das wollte Helmut Kohl noch auf einem Parteitag beschließen lassen, bevor ihm dann sein Generalsekretär in den Arm gefallen ist. Es hat hier auch Diskussionen über Integration, auch über Zuwanderungspolitik gegeben. Da hat sich schon einiges verändert.

Dann, Herr Klingemann, die Frage nützliche Funktion: Da bin ich bereit, mit Ihnen zu gehen, würde Ihnen da zustimmen, nur: Man darf es darauf nicht reduzieren. Man muss auch die Kehrseite des Verhältnisses von Populismus und Demokratie betrachten. Diese Kehrseite besteht darin, dass die Populisten ganz einseitig das plebiszitäre Element der Demokratie in den Vordergrund stellen, nicht unbedingt jetzt gegen die repräsentative Demokratie gewendet, aber doch sehr stark gegen die verfassungsrechtlichen Begrenzungen der Demokratie. Das sehen wir in Ungarn. Wenn sie dann an die Macht kommen und das auch noch aktiv betreiben können - oder auch in Italien mit Berlusconi -, dann werden diese Begrenzungen systematisch unterminiert und dann bekommen wir ein großes Problem. Dann ist der Weg zum quasi-demokratischen Autoritarismus nicht mehr weit. Das ist das Problem in Ungarn. Das ist das eine Element. Und das andere - das müssen wir auch sehen -: Der Populismus führt zu einer Banalisierung des politischen Diskurses. Wahlkämpfe sind keine Oberseminare. Aber in Wahlkämpfen müssen auch Argumente aufeinanderprallen können, und Politik darf dann nicht in Stimmungsmache und Ressentiments abgleiten, und das ist etwas, was durch den Populismus befördert wird. Es spielt also beides eine Rolle.

Letzter Hinweis noch zur direkten Demokratie: Ich bin mir gar nicht so sicher, ob die Populisten es mit ihrem Bekenntnis für mehr direkte anstelle der repräsentativen Parteiendemokratie wirklich ernst meinen. Ich glaube, dass das sehr stark instrumentelle Funktionen hat. Die direkte Demokratie ist auch populär, sie lässt sich auch als Instrument einsetzen, um dann genau diese Themen auf die politische Agenda zu bringen - in Österreich hat das Haider immer wieder gemacht -, selbst wenn es da am Ende dafür keine Mehrheiten gibt.

Ich glaube, den Populisten geht es am Ende darum, und das ist durchaus legitim, die repräsentative Demokratie zu verbessern. Das heißt eben, genau die Themen auf die Agenda zu bringen, die vernachlässigt worden sind, und das können sie ja im Rahmen der repräsentativen Demokratie, indem sie selber in Parteien, vielleicht sogar in Regierungen vertreten sind.

Prof. Dr. Anne-Marie Le Gloannec: Kurz zwei Punkte, die kein Schlusswort sein werden. Ich habe zum Beispiel Ungarn erwähnt. Aber man muss sehen: Jedes Land ist ein Fall für sich. Victor Orbán hat seine Macht seit einem Jahrzehnt ausgebaut, in seiner ersten Regierung oder außerhalb der Regierung, und jetzt wieder in der zweiten Regierung. Er hat systematisch seine Freunde an die wichtigen Stellen gesetzt, in der Kultur usw. usf. Es gibt kein zweites solches Beispiel in Europa, zumindest unter den Ländern, die ich im Blick habe. Das ist ein absoluter Sonderfall. Es gibt sehr viele Sonderfälle, und es ist sehr schwierig, über einen allgemeinen Fall zu sprechen. Entschuldigung, aber ich bleibe dabei.

Mein zweiter Punkt: Ich komme darauf zurück, dass Themen in die Diskussion gebracht werden müssen. Wenn ich Frankreich betrachte - das war meine Aufgabe -, stelle ich fest, dass bestimmte Themen von Frau Le Pen angesprochen wurden, die entweder verneint worden sind oder wo man gesagt hat: Ja, ja, das gibt es, aber diese Bindung zur Realität des Lebens der deklassierten Mittelschicht hat das hergestellt. - Als Sie zu mir gesprochen haben, ist mir plötzlich das alte Motto von George Laveau über die Französische Kommunistische Partei in den Sinn gekommen: diese rhetorische Funktion.

Ich habe vorhin auch von Tonangeberin gesprochen. Das war nicht ganz treffend. In dem Sinne gibt es also nicht „die guten“ und „die bösen“ Parteien usw. Wir haben Demokratien und müssen diese Demokratien tagtäglich verteidigen. Das ist unsere Hauptaufgabe in Europa.

Eine kurze schwarze Fußnote oder ein Schlusswort, das trotzdem negativ ist: Die Herausforderungen sowohl in der EU als auch global sind dramatisch. Das ist zurzeit das Hauptproblem der Demokratien in Europa.

Dr. Paul Hefty: Der ganze Wortsinn einer populistischen Partei wird verdreht, wenn man sagt, eine Partei, die eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament erreicht, ist eine populistische Partei, und eine Partei, die ein neues Grundgesetz, eine neue Verfassung macht, sei noch eine populistische Partei. Dann ist auch die CDU eine populistische Partei, dann ist jede staatstragende Partei eine populistische Partei. Also ich glaube, man muss das irgendwo eingrenzen. Das ist die Frage: Ist das sozusagen eine Struktur als populistische Partei oder ist das eine Methode? Wenn Sie sagen, Populismus ist eine rhetorische Methode, dann stimme ich Ihnen zu, weil Orbán als Rhetoriker populistisch ist. Aber in seiner Handlungsweise ist er überhaupt nicht populistisch. Er zieht die ganze Opposition auf sich, um ein Ziel zu erreichen. Das macht doch ein Populist nicht.

Prof. Dr. Anne-Marie Le Gloannec: Nein, das ist eine autoritäre Regierung! Aber er bereitet den Boden. Und da kann man sich fragen: Ist das Populismus? Es gibt vielleicht zwei Gesichter dabei.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter: Ich wollte Ihnen gerade als Kompromiss vorschlagen, er sei ein autoritärer Populist,

(Heiterkeit)

aber das gibt jetzt Ihr Diskurs nicht her.

Meine Damen und Herren, Frau Le Gloannec hat am Schluss noch einmal die Demokratie erwähnt. Kollege Kodalle hat in Jena ein Symposium gehalten, über dem die Frage stand, ob Demokratie überhaupt ohne einen Schuss Populismus möglich ist oder ob Populismus eher nicht in gewisser Weise inhärent ist. Ich habe den Eindruck, dass wir uns auch ein bisschen in diese Richtung bewegt haben.

Ich bin dankbar, dass auf die Veränderung der Medienwelt hingewiesen worden ist, die Frage der Umgestaltung, der Seriosität unserer politischen Kommunikation, auf die, glaube ich, zum ersten Mal Helmut Schmidt in seinen Memoiren hingewiesen hat, und da gab es noch kein Facebook und kein Twitter und dieser „Hinrotz-Instrumente“. Ich sage Ihnen, jeder Chat nach einer Fernsehdiskussion ist schmerzengeldpflichtig - was da so auf einen zukommt an hingerozten stilistisch und inhaltlich indiskutablen Angelegenheiten, die aber von jedermann ernst genommen werden. Das gehört mit dazu.

Ganz zum Schluss will ich noch Ludwig Erhard erwähnen. Er hat sein Amt verloren - weil Wähler in Nordrhein-Westfalen weggebrochen sind, wenn ich mich recht erinnere - zu einer Zeit, als es Wachstumsraten von 7 Prozent, eine Arbeitslosenrate von 2,0 Prozent und eine Inflationsrate von 1 Prozent gab. Nachdem es aber vorher noch ganz andere Raten in einer Wiederaufbaugesellschaft gegeben hat, hat das nicht mehr getragen. Und was waren die Konsequenzen? Man hat ihm aus dem Amt entfernt. Aber zugleich ist bei ersten Anzeichen einer Rezession auf Wohlstandsniveau die NPD entstanden, als eine weiß Gott auch rechtspopulistische Partei, und wir sollten daher diese ökonomischen Faktoren nicht unterbelichten und unterbewerten. Sie kommen ja bei all dem, was sie sagen, mit Modernisierungen, Modernisierungsverlierern, ökonomischem Wandel, Globalisierung. Was wir in Deutschland zu der Zeit erlebt haben, war sozusagen ein kleiner Sandkasten. Was wir heute erleben, ist großes europäisches Theater, aber die Konsequenzen sind zumindest ähnlich.

Ich danke Ihnen allen sehr herzlich. Erstens denen, die geredet haben, zweitens unserer Vorsitzenden, die sich das geduldig mit angehört und eine hervorragende Einführung gegeben hat.

Ich bedanke mich bei denen, die hiergeblieben sind bei der Abschiedssinfonie, die wir seit zwanzig Minuten erleben. Ich weiß, dass meine Idee, die Popularität der Vorsitzenden dadurch zu steigern, dass ich sie jetzt dazu verführe, uns irgendetwas mitzuteilen, was die Kanzlerin heute in den Fraktionssitzungen gesagt hat, wahrscheinlich vergeblich ist und wir auf das warten müssen, was wir morgen in den Zeitungen lesen.

Dr. Eva Högl: Und wir danken Ihnen, dem hervorragenden Moderator!

(Beifall)

Ende: 21.27 Uhr